

Tino Bargel, Holger Bargel

Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg

Bestand, Prognosen, Fortschreibung und Alternativen

Wer wir sind

Die GEW ist mit über 250.000 Mitgliedern die mit Abstand größte gewerkschaftliche Interessenvertretung für alle Beschäftigten im Bildungswesen. Unseren Mitgliedern in Baden-Württemberg bieten wir alles, was sie von einer Gewerkschaft erwarten:

- Rechtsschutz
- Beratung
- Informationen
- Bildungsangebote

Aber wir wären nicht dort, wo wir sind, wenn wir unseren Mitgliedern nicht mehr bieten würden:

Als professionell organisierte Interessenvertretung arbeiten wir täglich daran, optimale Arbeitsbedingungen für pädagogische Profis zu schaffen, zu erhalten und auszubauen.

Wir setzen uns aktiv für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Bildungsbereich ein, vertreten die Meinungen unserer Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern und bieten unseren Mitgliedern entscheidende Vorteile, die sich in unserem gesamten Leistungsangebot spiegeln.

www.gew-bw.de

Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg

Bestand, Prognosen, Fortschreibung und Alternativen

Inhalt

06	1. Ausgangslage: Unruhe, Verwirrung und Ausweglosigkeit
06	2. Kriterien, Modelle und Prognosen zum Gutachten
07	3. Überblick zum Bestand des Schulangebotes im Land
10	4. Veränderung der Schülerzahlen zwischen 2000 und 2008
14	5. Bevölkerungsprognose für Land und Kreise
19	6. Fortschreibung der dreigliedrigen Sekundarstufe
23	7. Alternative Schulversorgung: Zwei-Säulen-Modell und integrierte Sekundarschule
29	8. Bilanz der Leistungsfähigkeit und Folgerungen
33	9. Anhang

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

In der Bundesrepublik Deutschland wird heftig über Bildung diskutiert. Im Mittelpunkt steht dabei die Qualität unserer Schulen. Immer deutlicher wird, dass das gegliederte Schulwesen mit der Selektion der Schülerinnen und Schüler auf drei Schularten am Ende der vierten Grundschulklasse dem Anspruch an Bildung nicht mehr gerecht wird. Neben den qualitativen Kriterien rücken aber auch quantitative Entwicklungen immer mehr in den Blickpunkt. Der dramatische Rückgang der gesamten Schülerzahlen und der ungebremste Rückgang der Übergangsquoten auf die Hauptschule trotz Einführung der neuen Werkrealschule lösten große Diskussionen um die Weiterentwicklung der Schulen und der Schulstandorte aus.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft initiierte das wissenschaftliche Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg, das die Tragfähigkeit des Schulangebots der Hauptschulen und Werkrealschulen sowie der Realschulen und Gymnasien in den Jahren 2010 bis 2025 beschreibt.

Die vorliegende Broschüre umfasst die Landesübersicht. In vier Regionalgutachten wurde die Entwicklung der Schulstandorte im Detail auf die einzelne Gemeinde bezogen aufgearbeitet. Es handelt sich um die Regionen

- Stadt Heilbronn/Landkreis Heilbronn
- Stadt Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis
- Landkreis Offenburg/Landkreis Emmendingen
- Landkreis Ravensburg/Bodensee-Kreis

Untersucht wurden drei Modelle zur Gestaltung und Aufteilung des Schulangebotes in der Sekundarstufe, also den Klassen 5 bis 10:

- Das gegliederte Modell mit drei Schularten, das an der Aufteilung nach Hauptschule/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium festhält,
- das Zwei-Säulen-Modell, das die Bildungsgänge von Haupt-/Werkrealschule und Realschule zusammenführt unter Erhalt der Gymnasien, im Gutachten als Verbundschule bezeichnet,
- das integrierte Modell, in dem alle Kinder und Jugendlichen eine Schule der Sekundarstufe gemeinsam besuchen; sie wird hier als Sekundarschule bezeichnet.

Nicht einbezogen sind die Sonderschulen, weil dies aufgrund der Komplexität des Auftrags den Rahmen gesprengt hätte.

Wir hoffen und wünschen, dass das Gutachten Anlass und Anstoß für eine offene und konstruktive Diskussion in den politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, bei den Schulträgern sowie kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landesregierung und im Kultusministerium über die künftige Schulentwicklung in Baden-Württemberg bietet. Als Ausgangspunkt für regionale Bildungsplanung eröffnet es große Chancen.

Unser Dank gilt allen, die das Projekt durchgeführt, begleitet und gefördert haben: Den beiden Autoren Tino Bargel und Holger Bargel von der Projektgruppe Bildung und Region Konstanz für die sorgfältige Erstellung des Gutachtens, der Johannes-Löchner-Stiftung, der Max-Träger-Stiftung und dem Verein Badische Lehrerinnen und Lehrer, die durch ihre finanzielle Förderung diese Untersuchung ermöglicht haben.



Doro Moritz
Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Stuttgart, im Januar 2010



1. Ausgangslage: Unruhe, Verwirrung und Ausweglosigkeit

Ausgangspunkt für Untersuchungen und Überlegungen zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg, in den Gemeinden und Kreisen des Landes, ist die erneute Diskussion um den Fortbestand der Hauptschulen, nachdem ihre Schülerzahl in den letzten Jahren weiter gesunken ist und die ehemalige „Bestandsgarantie“ der Landesregierung für sehr kleine Hauptschulen nicht mehr gilt. In der Folge stehen nicht wenige Hauptschulen vor dem Aus. Das sorgt für viel Unruhe in den Gemeinden, in der Elternschaft und unter den Schulleitungen und Lehrer/innen.

Konzept Werkrealschule: Unklarheiten und Verwirrung

Für weitere Verwirrung sorgt das Konzept der Landesregierung zur „Rettung der Hauptschule“, als „neue Werkrealschule“ etikettiert (Gesetz vom 30. Juli 2009). Ihre Einrichtung ist an Voraussetzungen geknüpft, die kaum eine Hauptschule erfüllen kann: Sie soll zumindest gesichert zwei Züge aufweisen. Die Planungsfrist ist zudem sehr kurzfristig gesetzt worden (Beantragung bis Ende 2009). Viel Unklarheit haben die Vorgaben für die Kooperation von mehreren kleinen Hauptschulen als „Werkrealschule“ verursacht, denn zum einen wird sie ausdrücklich auf den „Einzelfall“ beschränkt und zum anderen wird selbst von der Landesregierung attestiert, damit wäre „das Erreichen von Qualitätsstandards“ an diesen Hauptschulen erschwert (Landtag Baden-Württemberg, Drs. 14/4928 vom 29. 07. 2009, S. 4-5).

Fesseln für die Schulentwicklung und Verantwortung der Kommunen

Als schwerwiegendes Problem für die Schulentwicklung im Land erweist sich die strikte Festlegung auf das „dreigliedrige Schulwesen“ in der Sekundarstufe mit Haupt-/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium. Damit werden der Entwicklung der Sekundarstufe enge Fesseln angelegt. Den veränderten Bedingungen durch

den demographischen Rückgang und den starken Wandel im Schulbesuch wird dadurch unzureichend Rechnung getragen; auch für die Zukunft soll dem veränderten Elternwillen offensichtlich nicht entsprochen werden.

Den Gemeinden als Schulträger wird zwar bei der Schließung ihrer Hauptschulen freie Hand gewährt und sie sind aufgefordert, die Einrichtung der Werkrealschulen zu planen. Aber die Festschreibung auf die Dreigliedrigkeit der Schulformen ab Klasse 5 versetzt die Gemeinden in die Lage von Konkursverwaltern ihrer Hauptschulen ohne Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Strategie für die öffentlichen Schulen.

Aufgaben des Gutachtens zur Schulentwicklung: Fortschreibung und Alternativen

Diese Lage verlangt nach einer unvoreingenommenen Klärung der Schulsituation im Land und ihrer möglichen weiteren Entwicklung, wenn der demographische Rückgang und das veränderte Schulwahlverhalten berücksichtigt werden. Dabei ist nicht nur resignativ die Auflösung von Hauptschulen oder das Defizit an Realschulen und Gymnasien zu beklagen, sondern es ist zugleich zu prüfen, ob andere Schulstrukturen das Schulangebot vor Ort leistungsfähiger und anspruchsvoller machen könnten.

Dafür werden zwei alternative Modelle geprüft: erstens die **Verbundschule**, als Zusammenführung von haupt- und (werk)-realschulischen Bildungsgängen und Abschlüssen, zweitens die **Sekundarschule** als gemeinsame Schule bis Klasse 10 und darüber hinaus, bis zur Hochschulreife, wenn eine Oberstufe besteht. Der Leistungsvergleich zwischen Fortschreibung des dreigliedrigen Schulsystems, dem Zwei-Säulen-Modell mit Verbundschule und Gymnasium und der integrativen Alternative mit der Sekundarschule soll deren jeweilige Grenzen und Tauglichkeit für die Schulentwicklung aufzeigen.

2. Kriterien, Modelle und Prognosen zum Gutachten

Für ein Gutachten zur Schulentwicklung im Land, seinen 44 Kreisen und 1.109 Gemeinden sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit vorauszusetzen. Es liefert planerische Grundlagen unter verschiedenen Optionen und Varianten für die Schulentwicklung, wobei alle Schritte der Analyse erläutert und belegt werden. Maßstab ist ein wohnortnahes Schulangebot, das der gesteigerten Bildungsbereitschaft von Eltern und Schüler/innen gerecht wird.

Kriterien zur Versorgungsleistung der Schulen

Das Schulangebot sollte **wohnortnah, tragfähig, stabil und gerecht** ausgelegt sein. Darin sind die entscheidenden Kriterien für die Versorgungsleistung zu sehen und daran wird die Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung bemessen. Die **Stabilität der Versorgung** bemisst sich an der potentiellen Schülerschaft, sei es über die **Jahrgangsgröße** in den Gemeinden oder als **Nachfragepotential** für die einzelnen Schularten und

Schulen (Übergänge). Sie sind die entscheidenden Größen, um die Sicherheit oder Gefährdung der Schulversorgung zu bestimmen.

Modelle des Schulangebotes in der Sekundarstufe

In der **Sekundarstufe** stehen sich grundsätzlich drei Modelle zur Gestaltung und Aufteilung des Schulangebotes gegenüber (neben der sechsjährigen Grundschule):

- das „**gegliederte Modell**“, das an der Aufteilung nach Hauptschule, Real-, Sonderschulen^{*)} und Gymnasium festhält,
- das „**zwei-Säulen Modell**“, das die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule zusammenführt unter Wahrung der Gymnasien, hier als „**Verbundschule**“ bezeichnet,
- das „**integrierte Modell**“, in dem alle Kinder eine Schule der Sekundarstufe gemeinsam besuchen; sie wird hier als „**Sekundarschule**“ bezeichnet.

Prognosen zum Schülerpotential

Für die Untersuchung des zukünftigen Schülerpotentials in den Gemeinden und Kreisen des Landes wird eine **kurzfristige Prognose (2010 – 2014)** und eine **langfristige Prognose (2015 – 2020/25)** erstellt. Die Prognosen stützen sich auf verschiedene Datenquellen: die Schüler/innen in den Grundschulklassen 1 – 4, die Altersgruppen von 0 – 4 Jahren und 5 – 9 Jahren sowie

die Lebendgeborenen in den Jahren 2003 – 2007. Auch die offizielle Landesprognose findet Berücksichtigung. Diese Prognosen sind nachvollziehbar und aussagekräftig, denn alle potentiellen Schüler/innen sind bereits vorhanden.

Nachfrage für die Schulformen

Von diesem allgemeinen Potential der Jahrgangsbreite für die Sekundarstufe werden alle Berechnungen für die zukünftigen Schülerzahlen nach den möglichen Schulformen abgeleitet, und zwar anhand der erwartbaren Übergangsquoten. Für jede Schulform werden drei Varianten angesetzt, um deren Auswirkungen erkennbar zu machen:

- für **Hauptschule**: 15% - 20% - 25%, für Realschule und Gymnasium je 35% - 40% - 45%;
- für die **Verbundschule** (neben Gymnasium): 55% - 60% - 65%;
- für die **Sekundarschule** (integriert bis Klasse 10): 85% - 90% - 95%.

Die möglichen Entwicklungen werden mit diesen Varianten nahezu vollständig aufgezeigt, auch in den Kreisen bei unterschiedlicher Ausgangslage. Zusätzlich werden ihre Folgen für die Tragfähigkeit, Wohnortnähe, Stabilität und Leistungsfähigkeit des Schulangebotes und seiner Alternativen in den Gemeinden und Kreisen des Landes dargestellt.

3. Überblick zum Bestand des Schulangebotes im Land

Im allgemeinbildenden Bereich bestehen insgesamt über 5.000 Schulen im Land. Nimmt man die beruflichen Gymnasien hinzu (zuletzt 206), dann sind im Land 5.329 Schulen verzeichnet, wenn öffentliche und private Träger zusammen gezählt werden. Da es eine Reihe verbundener Schulen, insbesondere von Grund- und Hauptschulen gibt, ist die Zahl der Schulstandorte jedoch geringer. Diese Schulen und ihre zukünftige Entwicklung sind Gegenstand dieses Gutachtens, wobei die **öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe** im Mittelpunkt stehen (vgl. Tabelle 1). Die **Hauptschulen** weisen 1.176 Schulen in öffentlicher Trägerschaft auf (40 private). Ihre Zahl hat sich bislang wenig verringert, trotz stark rückläufiger Schülerzahlen. Seit 1990/91 haben nur 24 Hauptschulen geschlossen. Die bisherige **Werkrealschule**, hier gezählt als Hauptschule mit 10. Klasse der WRS, ist im Lande nicht oft vertreten und ging zudem in

den letzten beiden Schuljahren um 5 Schulen auf 345 „Werkrealschulen“ zurück.

Die Zahl der **Realschulen** und **Gymnasien** hat sich seit 1990/91 jeweils um etwas mehr als 30 Schulen erhöht. Die Realschulen sind nun mit 427 Schulen häufiger als die Gymnasien mit 377 Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land vertreten, obwohl mittlerweile mehr Schüler/innen nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln. Bei den Gymnasien befindet sich die beachtliche Zahl von 67 Schulen in privater Trägerschaft.

Das Schulangebot im Land ist aus dem Gleichgewicht geraten und entspricht nicht mehr der Nachfrage. Es besteht ein erhebliches Überangebot an Hauptschulen, während Realschulen und Gymnasien unter einer quantitativen Unterversorgung leiden. Diese krisenhafte Schieflage wird belegt, wenn Klassen und Züge auf das vorhandene Schulangebot umgerechnet werden (vgl. Tabelle 1).

^{*)} Die Sonderschulen wurden bei der Analyse und den Berechnungen dieses Gutachtens aus Komplexitätsgründen nicht berücksichtigt.

Tabelle 1

Allgemeinbildende Schulen mit Klassen und Zahl der Schüler/innen (Stand 2008/09)

Schulart	Schulen	Klassen	Schüler/innen
Grundschule			
öffentlich	2.473	19.172	411.583
privat	82	381	8.381
Hauptschule			
öffentlich	1.176	8.039	157.984
privat	40	214	4.647
Sonderschulen			
öffentlich	427	4.368	39.400
privat	150	1.937	14.527
Realschulen			
öffentlich	427	8.497	234.338
privat	51	480	12.318
Gymnasien			
öffentlich	377	9.046	310.214
privat	67	1.029	33.207
Schulen besonderer Art			
öffentlich	4	177	4.556
privat	55	1.008	23.069
Insgesamt	5.329	54.348	1.254.224
öffentlich	4.884	49.299	1.158.075
privat	445	5.049	96.149

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistische Berichte: Unterricht und Bildung, 2009

3.1. Gemeindegroße und Spektrum des Schulangebotes

Das Spektrum des Schulangebotes nach der Gemeindegroße ermöglicht Antworten auf einige Fragen zur Schulversorgung und vermittelt wichtige Einsichten für die weitere Schulentwicklung. Damit rückt zugleich die Gemeinde als Schulträger in den Mittelpunkt.

Insgesamt verfügen 328 Gemeinden über keine Schule der Sekundarstufe, auch über keine Hauptschule, immerhin 30% aller Gemeinden des Landes. Die meisten dieser Gemeinden zählen zwischen 1.000 und 3.000 Einwohner (vgl. Tabelle 2).

Für die weitere Schulentwicklung bedeutsam sind jene Gemeinden, die nur eine Hauptschule in der Sekundarstufe anbieten. Dort ist die Antwort auf die Frage nach der Auflösung oder Wahrung dieser Hauptschule für den Schulstandort besonders folgenreich.

422 Gemeinden gehören zu dieser Gruppe, wobei die Streuung der Gemeindegroße von 1.000 bis zu 15.000 Einwohnern reicht (wenn die beiden Extremfälle unberücksichtigt bleiben). Darunter weisen 18 Gemeinden zwischen 10.000 und 15.000 Einwohner auf - und dennoch verfügen sie nur über eine Hauptschule. Bei dieser Größenordnung ist die Einrichtung einer Verbundschule planerisch zu prüfen, da sie diese Gemeinden als Schulstandort erheblich aufwerten würde.

Schließlich sind jene Gemeinden beachtenswert, die über alle drei Schulformen der Sekundarstufe verfügen: Es handelt sich um 200 Gemeinden. Für 50 dieser Gemeinden, zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern, dürfte entweder die Verbundschule oder die Sekundarschule zur Sicherung und Wahrung aller Bildungsgänge und Abschlüsse in der Sekundarstufe attraktiv und eine vorteilhafte Alternative zum dreigliedrigen Schulwesen sein.

Tabelle 2
Gemeindegrößen und Schulangebotsstruktur in Baden-Württemberg 2007/08

Einwohner*	Gemeinden	ohne Schule	nur GS	GS/HS (GHS)	GS/HS/RS	GS/HS/GYM	GS/HS/RS/GY
bis 499	38	37	-	1	-	-	-
500 – 999	44	24	20	-	-	-	-
1000 – 1499	39	5	31	3	-	-	-
1500 – 1999	66	2	49	15*	-	-	-
2000 – 2499	93	1	58	31	2	1	-
2500 – 2999	73	-	37	36*	-	-	-
3000 – 3999	136	-	41	88	5**	1	1
4000 – 4999	98	-	14	72	8	3	1
5000 – 5999	96	-	4	64	23	3	2
6000 – 7499	85	-	5	48	22	5	5
7500 – 9999	93	-	-	45	31	5	12
10000 - 12499	69	-	-	12	26	2	29
12500 – 14999	45	-	-	6	10	4	25
15000 – 24999	62	-	-	1	5	2	54
25000 u. mehr	72	-	-	-	1	-	71
Insgesamt	1.109	69	259	422	133	26	200

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009 (Stand 31.12.2007) und eigene Berechnungen.
*(Jeweils) eine Gemeinde nur mit HS, ohne GS; **Zwei Gemeinden nur mit GS/RS, aber ohne HS.

3.2. Hauptschulen und Werkrealschulen

Eine gesonderte Aufbereitung gilt dem Bestand an Hauptschulen in den Kreisen und der Ausweis, wie viele davon eine 10. Klasse für das Zertifikat der Werkrealschule führen.

Geringer Rückgang bei der Zahl öffentlicher Hauptschulen bis 2008/09

Die Zahl der **öffentlichen Hauptschulen** hat sich zwischen 2006/07 und 2008/09 um 21 verringert und ist auf 1.176 zurückgegangen. In den meisten Kreisen ist in den letzten drei Jahren, d.h. zwischen 2006/07 und 2008/09, die Hauptschullandschaft (noch) unverändert geblieben. Insgesamt ist erst für 13 Kreise eine Reduzierung des Hauptschulangebotes festzustellen, und zwar am stärksten im Lkr. Ravensburg: 4 Hauptschulen weniger.

Werkrealschulen: Bestand und neue Planung

Beachtenswert für die Schulentwicklung sind jene Hauptschulen mit einer **10. Klasse**, d.h. Werkrealschulen im engeren Sinne. Im Jahre 2008/09 bestehen

im Lande **345 Hauptschulen**, für die eine 10. Klasse ausgewiesen wird, und die damit den Abschluss der „Werkrealschule“ (WRS) vergeben. Ein recht hoher Wechsel in der Zahl der Werkrealschulen in den Landkreisen zeugt von einer gewissen Instabilität bei den Werkrealschulen, die der Akzeptanz eines solchen Schulangebotes eher abträglich ist.

Gemäß Mitteilung des zuständigen Ministeriums sind bis zum Stichtag, 15. Dezember 2009, insgesamt 472 Anträge auf Werkrealschulen eingetroffen, wobei „hunderte von Hauptschulen zusammengelegt“ worden seien, d. h. deren Auflösung beschlossene Sache ist. Unter allen Anmeldungen sind übrigens **95 einzügige Hauptschulen**. Es verbleiben nur **377 zweizügige Hauptschulen** im Land, die als **Werkrealschulen** fortgeführt werden können. Angefügt wird, dass in zehn Jahren die Hauptschule „allmählich verschwunden sein wird“ (vgl. MKJS, Baden-Württemberg, 17.12. 2009; Südkurier Nr. 293 v. 18. 12. 2009, S. 10).

Bei dieser Verkündigung durch das Landesministeriums wird übergangen, dass die Kommunen bis zum Stichtag eine Anmeldung vorzunehmen hatten, ohne zureichende Planungsphase und belegt mit einem impli-

ziten Verbot, Alternativen zu erwägen oder gar vorzusehen. Es handelt sich um „Anmeldungen“, wobei für die einzügigen Hauptschulen offen ist, inwieweit sie als „Einzelfall“ als genehmigungsfähig eingestuft werden. Ebenfalls übergangen wird, wie strittig in vielen Kommunen die Antragstellung abgelaufen ist (z. B. in Heidelberg) oder dass alternative, integrative Modelle des Schulangebotes (längeres gemeinsames Lernen) in einzelnen Gemeinden eine Mehrheit gefunden haben (z.B. in Ravensburg).

Ersichtlich wird an diesem Planungstand zur Einführung der „neuen Werkrealschule“, dass das Schulangebot im Bereich der Hauptschule auf etwa ein Drittel des bisherigen Bestandes zurückgeht. Demnach wird diese **Werkrealschule auf größeren Gemeinden**

beschränkt bleiben, fast durchweg auf jene Gemeinden mit 16.000 und mehr Einwohnern, die bereits über ein breiteres Angebot in der Sekundarstufe verfügen.

Die befürchtete Verödung der Schulkultur in weiten Bereichen der eher ländlichen und kleinstädtischen Regionen (Gemeinden und Vororte zwischen 4.000 bis zu 15.000 Einwohnern) wird im Rahmen einer Fortschreibung der dreigliedrigen Sekundarstufe billigend in Kauf genommen. Für alle diese Gemeinden stehen aber mit der Verbundschule oder Sekundarschule alternative Modelle zur Verfügung, die sich in vielen Bundesländern bewährt haben und von großen Teilen der Elternschaft akzeptiert werden. Zumeist erreichen sie dort, wo sie angeboten werden, überproportionale Anmeldezahlen.

4. Veränderung der Schülerzahlen zwischen 2000 und 2008

Zwischen 2000 und 2008 hat die Schülerschaft der **Grundschulen** stark abgenommen, jedoch nicht kontinuierlich. Seit 2003 ist ein starker Rückgang zu verzeichnen und 2008 blieb die Zahl der Grundschüler/innen erstmals unter 100.000 (vgl. Tabelle 3). Die Zahl der Schüler/innen in der Eingangsklasse der **Hauptschule** ist 2008 mit 28.010 so niedrig wie nie zuvor und liegt erstmals unter 30.000 Schüler/innen. An der Entwicklung lässt sich ablesen, dass zwischen 2000 und 2002 die Hauptschulen noch einen recht stabilen Zugang aufwiesen, der gut 40.000 Schüler/innen betrug. Mit 2003 setzt eine stärkere Abnahme im Zugang an die Hauptschulen ein, mit alljährlich landesweit nahezu 3.000 Schüler/innen weniger. Gegenüber den 80er Jahren haben sich die Besucher-

zahlen der Hauptschule halbiert. Seit 2001 ist an den Hauptschulen ein Rückgang um 14.000 Schüler/innen innerhalb von sieben Jahren zu verzeichnen, was einer Verringerung um ein Drittel in diesem kurzen Zeitraum entspricht.

Ein solcher Rückgang in Nachfrage und Besuch stellt die betroffene Schulform in Frage und verlangt nach alternativen Schulangeboten, die den Interessen und Zielen von Eltern und Schüler/innen besser gerecht werden.

Wechsel der Schüler-Majorität von der Hauptschule zum Gymnasium

Noch 2001 und 2002 hatten die Hauptschulen proportional den größten Anteil unter den Schüler/innen in

Tabelle 3

Schülerzahlen in den Eingangsklassen der öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Baden-Württemberg (1975 – 2008)

Jahr	Grundschulen (1. Klasse)	Hauptschulen (5. Klasse)	Realschulen (5. Klasse)	Gymnasien (5. Klasse)
2000	112.530	41.890	36.240	36.513
2001	108.679	42.242	37.583	38.187
2002	110.798	40.395	36.472	37.379
2003	115.392	37.947	36.195	37.354
2004	111.524	34.857	35.658	36.688
2005	109.581	31.968	33.832	37.045
2006	106.747	30.832	35.328	37.627
2007	102.342	30.610	36.633	41.099
2008	95.157	28.010	36.732	39.437

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Klassenstufe 5 der Sekundarstufe, mit einem beachtlichen Vorsprung vor Realschule und Gymnasium, die nahezu gleichauf lagen. Seitdem hat die Hauptschule Jahr für Jahr beim Zugang Schüler/innen verloren, während das Gymnasium einen steten Anstieg verzeichnet.

Nun nimmt das Gymnasium die meisten Schüler/innen auf und hat den jährlichen Zugang bei etwa 40.000 Schüler/innen stabilisiert. Gefolgt wird das Gymnasium von der Realschule, die gut 36.000 Schüler/innen (mit steigender Tendenz) gewinnt - und erst mit einem erheblichen Abstand kommt die Hauptschule mit der weitaus geringsten jährlichen Besucherzahl (28.000). An diesen Verschiebungen ist eindrücklich abzulesen, wie sich das Qualifikationsinteresse in der Bevölkerung gewandelt und von der Hauptschule abgewandt hat.

4.1. Schülerzahl der Hauptschulen: viele sind unter der Klassenbildung

Vor dem Hintergrund der landesweiten Entwicklung ist es angebracht, sich der Schülerzahlen und der Zügigkeit an den Schulen zu vergewissern. Dies geschieht anhand der Schülerzahlen in Klasse 5 bei Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien (vgl. Tabelle 4).

Bereits 2008/09 erreichen **333 Hauptschulen** in der Eingangsklasse nicht mehr die Einzügigkeit: Mit **weniger als 16 Schüler/innen** bleiben sie unter dem

Kriterium zur Klassenbildung. Diese sehr kleinen Hauptschulen haben einen Anteil von 28,3% der Hauptschulen des Landes erreicht. Sie alle sind zukünftig in besonderem Maße in Frage gestellt und von Auflösung bedroht, wenn sie nicht bereits vollzogen wurde.

Von der Schülerzahl her sind weitere **534 Hauptschulen nur einzügig** zu führen, und zwar entweder knapp einzügig (398) oder gut einzügig (136). Sie können eher auf eine Weiterführung im kooperativen Verbund hoffen, wenn sie gut einzügig sind. Diese Größenordnungen verweisen darauf, dass die Möglichkeiten zur Kooperation von Hauptschulen zu einer Werkrealschule nicht überschätzt werden dürfen.

Werden jene Hauptschulen zusammen genommen, deren Schülerzahl aktuell schon nicht mehr für die Zweizügigkeit ausreicht, dann ergibt sich die Zahl von 867 Hauptschulen, womit 73,7% dieses Kriterium für Tragfähigkeit und Einhaltung des Qualitätsstandards (gemäß den Vorgaben der Landesregierung) nicht oder zumindest nur erschwert erfüllen können. Es verbleibt nur ein Viertel der Hauptschulen, die zumindest zweizügig geführt werden können: insgesamt 309 Hauptschulen im Land.

Gänzlich anders ist die Situation bei den Realschulen und den Gymnasien. Die meisten Realschulen und Gymnasien weisen drei und mehr Züge auf, bei einer Zahl von über 60 Zugängen in der Eingangsklasse (Klasse 5); viele dieser Schulen haben 5 und mehr Züge und sind bei großen Klassen überfüllt. Zugleich steigt die Zahl der Ausbildungspendler enorm.

Tabelle 4

Schülerzahl in Klasse 5 von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in Baden-Württemberg (2008/09)

Anzahl Schüler	Hauptschulen			Realschulen			Gymnasien		
	Anzahl	kumuliert		Anzahl	kumuliert		Anzahl	kumuliert	
		Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	in %
bis 15	333	333	28,3	0	0	0,0	0	0	0,0
16 – 25	398	731	62,2	3	3	0,7	2	2	0,5
26 – 30	136	867	73,7	5	8	1,8	0	2	0,5
31 – 35	61	928	78,9	4	12	2,8	2	4	1,0
36 – 60	226	1.154	98,1	78	90	21,0	19	23	6,1
61 – 90	20	1.174	99,8	159	249	58,3	94	117	31,0
91 – 120	2	1.176	100,0	116	365	85,4	137	254	67,3
121 u. mehr	0	1.176	100,0	60	425	100,0	116	370	100,0
Insgesamt	1.176	1.176	100,0	427	425	100,0	377	370	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und eigene Berechnungen (Einzelne Schulen haben keine Schüler/in in der Eingangsklasse gemeldet).

4.2. Entwicklung der Übergangsquoten im Lande und in den Kreisen

Die Quote der Übergänge auf die drei Schularten der Sekundarstufe – Hauptschule, Realschule und Gymnasium – hat sich in den letzten Jahren erheblich verschoben. Von etwa einem Drittel zu Anfang des neuen Jahrtausends ist der Hauptschulanteil auf ein Viertel gesunken; er ist gleichermaßen gegenüber den Wechseln auf eine Realschule (Zunahme auf 34,0%) als auch auf ein Gymnasium (zuletzt sogar 39,7%) stark zurückgefallen. Den höchsten Anteil bei stärkstem Zuwachs verzeichnen die Gymnasien (vgl. Tabelle 5). Als Richtgröße für die gegenwärtigen Übergangsquoten lässt sich festhalten: **25% Hauptschule, 35% Realschule und 40% Gymnasium**. Allerdings sind erhebliche Bandbreiten im Übergang nach Kreisen und in den Gemeinden zu beachten.

Übergangsquoten in den Kreisen: Entwicklung zwischen 2003/04 und 2008/09

Die Übergangsquoten in den Kreisen vermitteln einen Einblick in die Spannweite der Verteilung auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Beim **Übergang auf die Hauptschule** liegen die Quoten zum Schuljahr 2008/09 zwischen nicht mehr als 10,4% (in Heidelberg) und 14,2% (in Freiburg) als niedrigsten Werten

und 33,0% (in Heilbronn) bzw. 32,5% (im Zollernalb-Kreis) als höchsten Werten. Immerhin fünf weitere Kreise bleiben beim Hauptschulübergang unter 22%, wie Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen, der Rhein-Neckar-Kreis und Breisgau-Hochschwarzwald. Beim **Übergang auf die Realschule** weisen sechs Kreise eine Quote von etwas mehr als 40% auf; am höchsten ist sie mit 42,1% im LK Biberach. In sieben Kreisen übersteigt der **Übergang auf das Gymnasium** die 50% -Marke, in Heidelberg erreicht er 62,0%; in den anderen Kreisen liegt er zwischen 51,5 und 53%. (vgl. Tabelle 6).

Aus dem Vergleich der Übergangsquoten zwischen 2003/04 und 2008/09 kann gefolgert werden, dass allenthalben die Abwendung von der Hauptschule erfolgt ist, allerdings von einem unterschiedlichen Niveau aus und nicht überall mit der gleichen Intensität. Aber ebenso bedeutsam sind die wachsenden Quoten für die Realschulen und Gymnasien. Dem drastischen Wandel in der Nachfrage und dem Besuch der Schulformen ist weder durch Ausbau oder Umbau der Angebote gefolgt worden. Das Angebot an Realschulen und Gymnasien wurde nicht entsprechend dem Besucheranstieg ausgebaut, so dass ein Mangel in vielen Regionen eingetreten ist, was zu mehr Ausbildungspendlern in überfüllten Klassen in zu großen Schulen geführt hat.

Tabelle 5

Übergänge aus öffentlichen und privaten Grundschulen 2000/01 – 2008/09 in die Schularten der Sekundarstufe in Baden-Württemberg (in Prozent)

	Insgesamt	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Sonstige
2000/01	116.924	34,2	30,6	33,7	1,5
2001/02	120.614	33,4	30,8	34,2	1,6
2002/03	117.268	33,2	30,8	34,5	1,5
2003/04	114.959	31,8	31,5	35,3	1,4
2004/05	110.817	30,5	32,0	36,1	1,4
2005/06	106.724	28,9	31,9	37,8	1,4
2006/07	108.575	27,7	32,9	38,2	1,2
2007/08	112.735	26,5	32,8	39,5	1,2
2008/09	109.203	25,1	34,0	39,7	1,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Tabelle 6

**Übergangsquoten auf die Schularten der Sekundarstufe nach Kreisen
in Baden-Württemberg (2003/04 und 2008/09)**

Kreis		Übergänge 2003/04				Übergänge 2008/09			
		Insges.	HS	RS	GY	Insges.	HS	RS	GY
01	S Stuttgart	4.707	29,9	25,3	43,0	4.623	21,6	25,0	52,2
02	L Böblingen	4.107	28,4	30,5	39,5	3.890	22,6	33,3	43,5
03	L Esslingen	5.161	30,9	32,6	35,6	5.222	23,1	35,0	41,1
04	L Göppingen	2.930	31,8	32,4	34,6	2.722	26,9	35,7	36,8
05	L Ludwigsburg	5.770	29,3	31,7	37,4	5.411	23,6	33,0	42,7
06	L Rems-Murr	4.621	29,2	34,1	35,9	4.488	23,2	36,8	39,0
07	S Heilbronn	1.138	38,7	27,9	32,2	1.134	33,0	31,5	34,3
08	L Heilbronn	4.008	33,6	33,4	32,2	3.734	27,1	34,1	38,3
09	L Hohenlohe	1.355	30,0	41,7	27,7	1.188	26,1	41,9	30,1
10	L Schwáb. Hall	2.399	35,4	35,3	28,9	2.075	27,9	38,4	33,2
11	L Main-Tauber	1.558	30,4	37,4	31,8	1.401	27,1	41,9	30,7
12	L Heidenheim	1.546	36,9	29,6	32,7	1.367	27,1	29,8	41,9
13	L Ostalbkreis	3.683	31,3	38,2	29,6	3.487	25,6	38,9	35,1
14	S Baden-Baden	452	25,9	21,9	50,9	453	22,7	23,4	53,0
15	S Karlsruhe	2.279	28,2	23,8	47,1	2.257	20,4	26,2	52,5
16	L Karlsruhe	4.699	31,7	30,4	37,5	4.576	24,6	33,8	41,0
17	L Rastatt	2.488	32,5	32,0	34,9	2.333	24,8	35,1	39,8
18	S Heidelberg	1.091	16,9	16,5	55,6	982	10,4	18,1	62,1
19	S Mannheim	2.586	30,5	22,2	37,0	2.522	25,6	22,7	42,6
20	L Neckar-Odw.	1.753	36,3	33,7	28,5	1.576	31,1	35,6	32,7
21	L Rhein-Neckar	5.357	27,4	30,7	40,5	5.294	20,9	30,2	47,8
22	S Pforzheim	1.128	37,3	25,3	36,3	1.019	31,2	29,7	38,1
23	L Calw	1.826	35,0	32,5	31,3	1.783	27,8	34,5	37,0
24	L Enzkreis	2.389	29,9	30,6	38,9	2.290	23,1	36,5	39,8
25	L Freudenstadt	1.454	33,8	34,0	31,1	1.342	29,2	40,2	29,6
26	S Freiburg	1.666	17,9	24,7	47,1	1.694	14,2	21,2	52,2
27	L Breisgau-Hs.	2.802	27,4	34,2	37,4	2.592	21,1	36,0	41,6
28	L Emmending.	1.696	33,0	33,0	33,2	1.655	24,1	40,1	35,0
29	L Ortenau	4.727	35,7	33,0	30,4	4.522	29,5	34,6	35,4
30	L Rottweil	1.782	35,0	33,7	30,8	1.604	28,6	35,9	34,7
31	L Schw.-Baar	2.351	39,2	30,6	29,6	2.148	27,2	38,0	34,3
32	L Tuttlingen	1.615	37,3	33,2	28,4	1.544	30,3	38,0	31,3
33	L Konstanz	2.681	30,8	31,0	37,1	2.697	25,2	31,2	41,6
34	L Lörrach	2.450	35,0	32,1	31,9	2.392	29,1	32,5	37,9
35	L Waldshut	1.966	36,6	36,4	26,0	1.809	31,5	39,2	28,9
36	L Reutlingen	3.157	31,2	29,0	38,9	2.947	24,3	34,7	40,3
37	L Tübingen	2.347	24,2	30,1	45,0	2.287	19,9	28,7	51,0
38	L Zollernalb	2.233	38,9	31,1	29,6	1.972	32,5	35,1	32,2
39	S Ulm	1.045	30,1	26,7	43,0	998	26,9	30,1	42,4
40	L Alb-Donau	2.391	33,3	35,3	31,1	2.219	26,9	38,6	34,2
41	L Biberach	2.420	36,5	32,9	30,6	2.305	27,1	42,1	30,2
42	L Bodensee	2.127	31,2	35,8	32,1	2.044	23,5	40,6	35,5
43	L Ravensburg	3.212	37,7	31,5	30,1	3.097	28,3	37,6	33,4
44	L Sigmaringen	1.716	36,1	31,8	31,1	1.508	26,7	38,5	34,4
	Land	114.959	31,8	31,5	35,3	109.203	25,1	34,0	39,7

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und eigene Berechnungen (ohne andere Schulen)

5. Bevölkerungsprognose für Land und Kreise

Für den allgemeinen Trend der Bevölkerungsentwicklung wird die regionalisierte Bevölkerungsberechnung für das Land und seine 44 Kreise herangezogen (vgl. Dominé/Schwarck 2007). Darin wird die zu erwartende Bevölkerungszahl für 2010, 2015, 2020 und 2025 berechnet.

Aus der langfristigen Prognose für das gesamte Land ergibt sich ein erster, bemerkenswerter Befund: Die zu erwartende Bevölkerung verändert sich 2015 bis 2020 gegenüber dem Vergleichsjahr von 2005 nur in geringem Maße, d. h. sie bleibt in ihrem Umfang gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen weitgehend stabil: Es kann jeweils mit etwa 10,7 Millionen Einwohnern im gesamten Zeitraum bis 2020 gerechnet werden (vgl. Tabelle 9).

Allerdings bedarf es der Prüfung für die einzelnen Altersstufen, die für den Schulbesuch relevant sind, ob sie die gleiche Stabilität der Größenordnung aufweisen. Für die Primarstufe (Grundschule) ist die Altersgruppe von 6 bis 9 Jahren relevant, für die Sekundarstufe ist die

Altersgruppe der 10 bis 14-jährigen heranzuziehen (sie ist in Tabelle 7 rot gekennzeichnet). In diesen beiden spezifischen Altersgruppen treten bedeutsame Veränderungen auf, die in der Bevölkerungszahl insgesamt untergehen. Die Zahl der 6 bis 9-Jährigen verringert sich zwischen 2010 und 2015 erheblich, danach nimmt sie bis 2020 schwach ab und bleibt dann relativ stabil: bei gut 90.000 pro Jahrgang.

In der **Altersgruppe der Sekundarstufe** von 10 bis 14 Jahren ist eine **stetige und deutliche Abnahme** zu allen Zeitpunkten zu beobachten: von etwa 114.000 im Jahr 2010 auf 100.000 in 2015 und bis 2020 sogar auf nur noch rund 92.500 und schließlich in 2025 auf nicht mehr als 91.000 pro Jahrgang. Das zu erwartende Schülerpotential in den Jahren 2015 bis 2020 ist daher für ganz Baden-Württemberg mit 90.000 bis 92.000 Schüler/innen pro Klassenjahrgang anzusetzen. Diese Zahlen können als allgemeine Orientierung über die zukünftige Größenordnung der Klassenjahrgänge dienen.

Tabelle 7

Offizielle Landesprognose für die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg nach Altersgruppen für 2010 – 2015 – 2020 – 2025 (Stand 2005)

Altersgruppe	2010	2015	2020	2025
unter 3, insges.	271.729	269.781	269.344	261.791
pro Jg.	90.576	89.927	89.781	87.264
3 – 5, insges.	281.044	270.989	271.201	268.547
pro Jg.	93.681	90.330	90.400	89.516
6 - 9, insges.	401.141	368.942	361.529	361.934
pro Jg.	100.285	92.236	90.382	90.484
10 -14, insges.	569.399	498.988	462.383	454.828
pro Jg.	113.880	99.798	92.478	90.965
15 -17, insges.	353.997	337.567	296.981	278.315
pro Jg.	117.999	112.522	98.994	92.772
Insgesamt	10.765.376	10.753.698	10.709.737	10.631.358

Quelle: Statistisches Landesamt 2009 und eigene Berechnungen.

5.1. Prognosevarianten zum zukünftigen Schüleraufkommen

Die Prognose des zukünftigen Schüleraufkommens kann von recht stabilen und belastbaren Werten ausgehen, weil die vorhanden Grundlagen über die letzten Jahre nahezu gleich geblieben sind. Deshalb führen unterschiedliche Berechnungsmodi zu nahezu gleichen Werten.

Die Landesprognose für die künftigen Schülerzahlen ist anfangs überhöht: Zum Zeitpunkt 2015/16 errechnet sich danach ein Mehr von fast 5.500 Schüler/innen für das Altersmittel der 10 – 14jährigen gegenüber der Prognose anhand der Lebendgeborenen 2006 – 2008. Nach 2015 gleichen sich die Landeszahlen aber mehr und mehr den eigenen Berechnungen anhand der Übergänge und anhand der Lebendgeborenen an (vgl. Tabelle 8).

Anhand der Übergänge kann unmittelbar die aktuelle Zahl für 2008/09 abgelesen werden: Sie liegt bei 109.203

Schüler/innen in der Eingangsklasse zur Sekundarstufe. Für das Jahr 2009/10 können die Schüler/innen der 4. Klasse an den Grundschulen herangezogen werden: Es sind 106.747 und damit deutlich weniger als nach der Landesprognose von 2007 zu erwarten gewesen wären. Die Angaben zur Schülerzahl in der Klasse 1 der Grundschulen erweitern die Prognose bis 2012/13; sie fällt bis dahin deutlich auf 95.157 Schüler/innen.

Die Zahlen zur Stärke der **Altersjahrgänge zwischen 0 und 4 Jahren** greifen in der Prognose bis 2017 und 2020: Sie sind wieder Daten der Landesprognose und dürften daher mit 94.400 und 93.000 leicht überschätzt sein.

Für die **Prognosen zum allgemeinen Schülerpotential anhand der Lebendgeborenen** wird daher auf die aktuelleren Daten für die **beiden Jahre 2006 und 2007** zurückgegriffen. Pro Gemeinde wird dieser Wert errechnet und als maßgeblich für den Zeitraum nach 2015 bis 2020 herangezogen. Damit wird eine Größenordnung an Schüler/innen erwartet und angenommen, die eher leicht überschätzt als unterschätzt ist.

Tabelle 8

Prognosevarianten zum Zugang an die Sekundarschule in Baden-Württemberg für den Zeitraum 2010 - 2015 - 2020

Grundlagen	2008/09	2010/11	2012/13	2015/16	2017/18	2019/20
Landesprognose (2007)						
Mittel 10 -14	---	113.880	---	99.798	---	92.478
Mittel 0 -3	---	---	---	---	---	90.576
Übergänge	109.203	---	---	---	---	---
4. Kl. GS (2008) ---	106.747 ---	---	---	---	---	---
1.Kl. GS (2008) ---	---	---	95.157 ---	---	---	---
Altersgr. 0 - 4 (2008)	---	---	---	---	94.392	---
Altersgr. 0 - 1 (2008)	---	---	---	---	---	93.040
Lebendgeborene						
Lbg. 2003 - 2007 ---	---	---	---	94.661---	---	---
Lbg. 2006 + 2007	---	---	---	---	92.389	---
Lbg. 2006 - 2008	---	---	---	---	---	92.229 ---
Alter 2008: unter 1 Jahr	---	---	---	---	---	92.356 ---

Quelle: Statistisches Landesamt 2009 und eigene Berechnungen.

5.2. Prognoseblatt zum allgemeinen Schülerpotential

Für die weiteren Untersuchungen zur Schulentwicklung und zur Tragfähigkeit der einzelnen Schulformen stellt das **Prognoseblatt zum allgemeinen Schülerpotential** die zentrale Datengrundlage dar. Zuerst wird der Prognosewert für die kurzfristige Zeitspanne von 2010 bis 2014 abgeleitet, danach der Prognosewert für die langfristige Zeitspanne von 2015 bis 2020.

Für die **kurzfristige Prognose** werden zwei Durchschnittswerte herangezogen, zum einen für die Grundschülerschaft der Klassen 1 bis 4, zum anderen für die Altersgruppe der 5- bis 9-jährigen. Die beiden Werte liegen eng beieinander: für die Schülerschaft der Grundschule beträgt er 106.960, für das Altersmittel 106.798 (die Differenz von -162 fällt nicht ins Gewicht). Aus dem Mittel dieser beiden Werte errechnet sich der Prognosewert: Für den kurzfristigen **Zeitraum von 2010 bis 2014** ist daher eine **Jahrgangsbreite von 106.879 Schüler/innen** anzusetzen. Dieser Prognosewert ist leicht überhöht, insofern zum Ende dieses Zeitraumes das jährliche allgemeine Schülerpotential zurückgehen dürfte.

Für die **langfristige Prognose** zum Zeitrahmen von 2015 bis 2020 werden die Zahlen zu den Lebendgeborenen zwischen 2006 und 2008 herangezogen. Zum einen wird das Mittel für die Lebendgeborenen in den Jahren 2006 bis 2008 gebildet, zum anderen die Zahl der Kinder unter einem Jahr (jeweils zum Stichtag 31.12.2008) übernommen. Auch in diesem Fall stimmen die beiden Werte nahezu überein: Für die Lebendgeborenen beträgt er für das Land insgesamt 92.229, für die unter Einjährigen 92.356, d.h. plus 127 – diese Differenz ist minimal. Als **maßgeblicher Prognosewert** wird auf die Lebendgeborenen der beiden **Jahre 2006 + 2007** zurückgegriffen, da diese Daten für die Gemeinden und die Kreise im Land zur Verfügung standen.

Für den späteren, langfristigen **Zeitraum von 2015 bis 2020** ist somit eine **Jahrgangsbreite von 92.389 Schüler/innen** anzusetzen. Dieser Prognosewert kann danach in den Jahren bis 2025 auf 90.000 Schüler/innen leicht absinken, stellt insofern langfristig auch eine leichte Überschätzung dar.

Beide Prognosewerte, der kurz- wie der langfristige, können als belastbar gelten und ein zutreffendes Bild über das zu erwartende allgemeine Schülerpotential auf der Kreis- wie auf Gemeindeebene, abgeben. Die jeweilige Überschätzung des Schülerpotentials für die späteren Jahre in beiden Zeiträumen wird im Sinne einer „konservativen“ Einschätzung beibehalten, weil sie zum einen sehr gering ausfällt, zum anderen den Schulen leicht entgegenkommt und sie nicht allein „streng statistisch“ behandelt.

Ebenfalls wird deutlich, dass zwischen der Schülerzahl bis 2014 einerseits und der bis 2020 andererseits eine erhebliche Differenz besteht: Für das Land ist ab 2010 bis 2015 ein weiterer Rückgang von 106.879 auf 92.389 Schüler/innen zu konstatieren. Dies sind **weitere 14.500 Schüler/innen weniger im Laufe der nächsten sechs Jahre**, was allein bei der demographischen Komponente auf ein Minus von 14% hinausläuft.

Für die weiteren Untersuchungen zur Schulentwicklung wird vor allem die langfristige Perspektive eingenommen, weil es um die **nachhaltige Tragfähigkeit der Schulen** und die stabile Auslegung in der Schullandschaft geht.

Tabelle 9

Kreisprognoseblatt: kurzfristig und langfristig für die Kreise in Baden-Württemberg

Kreis		Kurzfristige Prognose			Langfristige Prognose		
		GS 1-4 (07/08)*	AG 5-9*	Wert	Lg. 06-08*	unter 1 J.	Wert *
01	S Stuttgart	4.526	4.848	4.687	5.513	5.488	5.508
02	L Böblingen	3.945	3.910	3.928	3.393	3.419	3.390
03	L Esslingen	5.141	5.155	5.148	4.624	4.603	4.636
04	L Göppingen	2.681	2.581	2.631	2.088	2.088	2.095
05	L Ludwigsburg	5.387	5.254	5.320	4.748	4.767	4.756
06	L Rems-Murr	4.405	4.282	4.343	3.492	3.432	3.528
07	S Heilbronn	1.093	1.141	1.117	1.116	1.076	1.136
08	L Heilbronn	3.755	3.618	3.686	2.784	2.795	2.796
09	L Hohenlohe	1.190	1.181	1.185	969	976	961
10	L Schwäbisch-Hall	2.052	2.046	2.049	1.673	1.656	1.684
11	L Main-Tauber	1.355	1.333	1.344	1.055	1.090	1.047
12	L Heidenheim	1.307	1.338	1.322	1.046	1.033	1.061
13	L Ostalbkreis	3.387	3.416	3.401	2.744	2.703	2.765
14	S Baden-Baden	407	429	418	377	366	384
15	S Karlsruhe	2.286	2.339	2.312	2.560	2.559	2.540
16	L Karlsruhe	4.448	4.314	4.381	3.525	3.551	3.520
17	L Rastatt	2.315	2.233	2.274	1.759	1.728	1.780
18	S Heidelberg	943	1.010	976	1.234	1.293	1.200
19	S Mannheim	2.584	2.614	2.599	2.750	2.746	2.729
20	L Neckar-Odenwald	1.553	1.492	1.522	1.160	1.066	1.207
21	L Rhein-Neckar	5.242	5.161	5.201	4.428	4.406	4.449
22	S Pforzheim	1.109	1.122	1.115	1.055	1.039	1.062
23	L Calw	1.750	1.700	1.725	1.291	1.301	1.291
24	L Enzkreis	2.177	2.100	2.138	1.506	1.544	1.490
25	L Freudenstadt	1.322	1.254	1.288	1.028	1.049	1.015
26	S Freiburg	1.654	1.826	1.740	2.027	2.025	2.007
27	L Breisgau-Hochsw.	2.541	2.582	2.561	2.108	2.086	2.128
28	L Emmendingen	1.651	1.623	1.637	1.318	1.337	1.320
29	L Ortenau	4.418	4.315	4.366	3,573	3.569	3.587
30	L Rottweil	1.509	1.500	1.504	1.221	1.231	1.216
31	L Schwarzwald-Baar	2.102	2.062	2.082	1.737	1.743	1.733
32	L Tuttlingen	1.469	1.479	1.474	1.287	1.329	1.272
33	L Konstanz	2.698	2.606	2.652	2.177	2.203	2.178
34	L Lörrach	2.250	2.272	2.261	1.758	1.863	1.743
35	L Waldshut	1.787	1.758	1.772	1.349	1.465	1.347
36	L Reutlingen	2.766	2.900	2.833	2.379	2.361	2.396
37	L Tübingen	2.194	2.209	2.201	1.959	1.948	1.962
38	L Zollernalb	1.933	1.899	1.916	1.527	1.426	1.583
39	S Ulm	989	1.078	1.033	1.152	1.154	1.152
40	L Alb-Donau	2.234	2.156	2.195	1.723	1.760	1.712
41	L Biberach	2.147	2.139	2.143	1.733	1.734	1.753
42	L Bodensee	1.961	2.050	2.005	1.707	1.775	1.686
43	L Ravensburg	2.809	3.013	2.911	2.440	2.460	2.439
44	L Sigmaringen	1.488	1.460	1.474	1.137	1.113	1.155
	Land	106.960	106.798	106.879	92.229	92.356	92.389

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

* Wert: Mittel aus Lebendgeborenen 2006 + 2007 (Abkürzungen: AG = Altersgruppe; Lg. = Lebendgeborene).

5.3. Spezifische Prognosen zum Übergang nach Schulformen

In der Prognose des **Statistischen Landesamtes** werden die Schülerzahlen für die drei Schulformen der Sekundarstufe sowie der Grundschule nur pauschal ausgewiesen. Um das Mittel für die Jahrgangsbreiten der verschiedenen Schulformen zu erhalten, wird nach der jeweiligen Zahl an Klassenstufen dividiert. Durch den Bezug auf die Schüler der Grundschulen lassen sich dann die Anteile der jeweiligen Schulform ableiten (vgl. Tabelle 10).

Bei dieser Landes-Prognose sind die unterstellten Anteile für die Hauptschulen deutlich überhöht: sie liegen landesweit zwischen 29,5% und 30,1% für den Zeitraum ab 2015. Solche Übergangsquoten sind in den letzten drei Jahren nicht mehr vorgekommen und bedeuten eine unververtretbare Überschätzung des Schülerpotentials für die Hauptschulen. Die Anteile für die Gymnasien sind demgegenüber stark unterschätzt, weil sie weit unter der aktuellen Quote von annähernd 40% bleiben und sich zwischen 28% und 31% bewegen.

Eigene Prognoseansätze zum Übergangsverhalten 2010 bis 2020

Ausgangspunkt für diese Prognose der zukünftigen Schülerzahl in den verschiedenen Schulformen, seien sie gegliedert oder integriert, ist die Zahl des allgemeinen Schülerpotentials für die Eingangsstufen.

An diese Zahl wird die jeweilige Übergangsquote der einzelnen Schulformen angelegt, wodurch deren Schülerzahl für die Jahre 2015 bis 2020 bestimmbar wird.

Es liegt nahe, für die Prognose der Schulen in der dreigliedrigen Sekundarstufe als erstes den Landeswert für 2008/09 heranzuziehen: **25% für die Hauptschulen, 34% für die Realschulen, 40% für die Gymnasien**. Im längeren Trend können Varianten im Bereich von 5% bis 10% Plus oder Minus liegen; als **Zugangsquoten ab 2015** werden, dem Trend folgend, für die **Hauptschulen 20%, für die Realschulen 35%, für die Gymnasien 45%** angesetzt.

Für die alternativen Modelle zur Schulentwicklung muss ebenfalls ein erwartbares Übergangsverhalten angesetzt werden. Im Falle des Zwei-Säulen-Modells wird die angesetzte Gymnasialquote genutzt, um den Besuch der **Verbundschule** zu bestimmen. Sie kann demnach im **Schwerpunkt 55%** erreichen, der Anteil kann aber auch auf 60% (Maximum) steigen oder nur 50% (Minimum) betragen. Für das integrierte Modell der **Sekundarschule** ist davon auszugehen, dass ein gewisser Prozentsatz nicht das öffentliche Schulangebot in der Region nutzt. Es wird daher als **Schwerpunkt 90%** an Besuchern aus dem allgemeinen Schülerpotential erwartet, mit einem Maximum bei 95% (nahezu alle) und einem Minimum bei 85% (stärkere Hinwendung zu privaten Schulen).

Tabelle 10

Vorausschätzung der Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen nach Schularten in Baden-Württemberg, Insgesamt, Jahrgangsbreite und Anteile (2008/09 bis 2015/16)

Schülerzahlen	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien
Insgesamt				
2008/09	424.585	164.095	243.010	340.145
2015/16	368.045	137.280	219.605	288.625
Jahrgangsmittel	(Teiler 4)	(Teiler 5)	(Teiler 6)	(errechnet)
2008/09	109.024	37.819 (34,6%)	40.502 (37,1%)	30.703 (28,2%)
2015/16	93.234	27.456 (29,5%)	36.601 (39,3%)	29.177 (31,3%)

Quelle: Statistisches Landesamt 2009 und eigene Berechnungen.

6. Fortschreibung der dreigliedrigen Sekundarstufe

In einem ersten Schritt ist die Entwicklung der Schullandschaft unter der Prämisse zu betrachten, dass die gegenwärtigen Regelungen und Aufteilungen fortgeführt werden. Dazu zählt in erster Linie die Dreigliedrigkeit der Sekundarstufe mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Allerdings ist bei dieser Fortschreibung die „neue“ Werkrealschule, als Ergänzung oder Ersatz der Hauptschule, gesondert zu berücksichtigen.

6.1. Schülerzahlen, Bestand und Verlust von Haupt-/Werkrealschulen

Ausgangspunkt für die Untersuchung der **Zukunft der Hauptschulen** sind der **Prognosewert** für die Zugänge zur Sekundarstufe ab 2015 und die **Variation der Übergangsquote** an die Hauptschule. Von der zukünftigen Jahrgangsstärke ausgehend und die Zugänge zur Hauptschule variierend (25%, 20% und 15%) kann somit ein gestuftes Bild der Schülerzahlen und Tragfähigkeit dieser Schulart gezeichnet werden.

Alle Prognosen über die zukünftige Zahl der Schüler/innen an den Hauptschulen gehen davon aus, dass ihre Zahl weiter abnehmen wird. Die Landesregierung setzt den landesweiten Verlust, bezogen auf 2006/07 auf ein Minus von 25,1% an. Insgesamt geht sie dann 2015/16 im Jahrgangsmittel von 27.456 Schüler/innen an den Hauptschulen aus. Nach dem eigenen Prognoseverfahren wird sich die Zahl der Hauptschüler in der Eingangsklasse je nach Übergangsquote entweder auf 23.097 (25% Übergang) oder auf 18.478 (20% Übergang) stärker verringern. Demnach wird in der Landesprognose für 2015 die Schülerzahl in den Eingangsklassen der Hauptschulen überschätzt.

Bestand und Verlust von Hauptschulen nach Kreisen

Für die Hauptschülerschaft ist insgesamt eine Verringerung um 33% gegenüber 2008/09 anzunehmen, bei einer erheblichen Bandbreite zwischen den Kreisen von -14% bis -45%.

Nach der differenzierten, kreisweisen Untersuchung werden **bis 2015 insgesamt 662 Hauptschulen keine Klasse** (weniger als 16 Schüler/innen im Jahrgang) mehr bilden können; das sind 60% aller vorhandenen Hauptschulen. Ihre Zahl wird sich demnach fast verdoppeln, denn aktuell haben 333 Hauptschulen so wenige Schüler/innen. Es ist anzunehmen, dass diese Hauptschulen in ihrem Bestand durchweg bedroht sind (vgl. Tabelle 11).

Weitere 403 der vorhandenen Hauptschulen werden zwar absehbar die Einzigigkeit halten können, bleiben aber unter 31 Schüler/innen im jährlichen Zugang. Zum Schuljahr 2008/09 konnten noch 534 Hauptschulen eine solche Einzigigkeit vorweisen. Daraus folgt, dass in den nächsten fünf Jahren weitere 202 Hauptschulen unter die Einzigigkeit abgeleitet werden. Bei der Kreis bezogenen Analyse zum möglichen Verlust der Hauptschulen können nur 111 zwei- und dreizügige Hauptschulen als in ihrem Bestand zukünftig gesichert gelten. Sie kommen in erster Linie als eine „**Werkrealschule**“ in Frage. Alle anderen 1.065 Haupt- bzw. Werkrealschulen Schulen sind auf eine Kooperation als Partner von zwei einzügigen Schulen angewiesen oder müssen die Schülerschaft aufgelöster Hauptschulen übernehmen (können).

Wird die verbliebene Schülerschaft günstig auf die Hauptschulen in den Gemeinden verteilt, ergibt sich der mögliche Bestand, der durch „Zusammenlegung“ erreichbar ist: Es handelt sich um höchstens 357 Hauptschulen. Insgesamt könnten somit bis zu % # Hauptschulen das „Hauptschulsterben“ der nächsten Jahre überstehen. Hinzunehmen wäre der **Verlust von zumindest 704 Hauptschulen** oder 60% des gegenwärtigen Bestandes.

Tabelle 11

Bestand und Verlust von Hauptschulen in Kreis bezogener Analyse für 2015 – 2020

Kreis	Be- stand 2008	krsw. Minus in %	bis 15 Sch	bis 30 Sch	bis 35 Sch	36 u. m	Bestand HS 2015			Ver- lust*	
							Selbst. Gemein- den	Verbund von Gem.	insg.		
01	S Stuttgart	35	-17%	7	17	7	4	11	11	22	-13
02	L Böblingen	33	-23%	9	19	4	1	5	13	18	-15
03	L Esslingen	49	-23%	18	24	6	1	7	18	25	-24
04	L Göppingen	28	-43%	13	15	-	-	0	10	10	-18
05	L Ludwigsburg	42	-26%	13	20	5	3/1	9	15	24	-18
06	L Rems-Murr	35	-32%	13	13	4	5	9	9	18	-17
07	S Heilbronn	11	-24%	1	5	3	2	5	2	7	-4
08	L Heilbronn	29	-45%	12	13	2	2	4	10	14	-15
09	L Hohenlohe	13	-38%	6	6	-	1	1	4	5	-8
10	L Schwäbisch-Hall	27	-27%	15	7	2	3	5	6	11	-16
11	L Main-Tauber	21	-45%	18	3	-	-	0	5	5	-16
12	L Heidenheim	17	-43%	11	4	2	-	2	4	6	-11
13	L Ostalbkreis	42	-38%	28	13	1	-	1	13	14	-28
14	S Baden-Baden	5	-25%	3	2	-	-	0	2	2	-3
15	S Karlsruhe	26	-17%	15	8	3	-	3	7	10	-16
16	L Karlsruhe	52	-37%	28	23	1	-	1	17	18	-34
17	L Rastatt	28	-38%	18	9	1	-	1	8	9	-19
18	S Heidelberg	6	+18%	2	2	1	1	2	1	3	-3
19	S Mannheim	21	-15%	3	8	5	4/1	10	4	14	-7
20	L Neckar-Odenwald	23	-38%	17	5	1	-	1	7	8	-15
21	L Rhein-Neckar	50	-40%	34	14	1	1	2	15	17	-33
22	S Pforzheim	13	-17%	2	8	1	2	3	4	7	-6
23	L Calw	19	-35%	9	9	-	1	1	7	8	-11
24	L Enzkreis	23	-44%	19	4	-	-	0	7	7	-16
25	L Freudenstadt	17	-35%	12	3	1	1	2	5	7	-10
26	S Freiburg	10	-17%	5	3	-	2	2	3	5	-5
27	L Breisgau-Hochs.	34	-42%	27	7	-	-	0	8	8	-26
28	L Emmendingen	23	-34%	17	6	-	-	0	7	7	-16
29	L Ortenau	70	-33%	50	17	2	1	3	20	23	-47
30	L Rottweil	24	-34%	17	7	-	-	0	8	8	-16
31	L Schwarzwald-B.	26	-41%	17	6	1	2	3	6	9	-17
32	L Tuttlingen	18	-32%	10	6	-	2	2	6	8	-10
33	L Konstanz	34	-36%	21	12	1	-	1	10	11	-23
34	L Lörrach	26	-37%	16	7	-	3	3	8	11	-15
35	L Waldshut	28	-41%	19	9	-	-	0	8	8	-20
36	L Reutlingen	34	-33%	24	10	-	-	0	12	12	-22
37	L Tübingen	23	-35%	18	4	1	-	1	7	8	-15
38	L Zollernalb	26	-38%	14	11	-	1	1	9	10	-16
39	S Ulm	10	-14%	3	3	1	3	4	2	6	-4
40	L Alb-Donau	27	-43%	18	9	-	-	0	9	9	-18
41	L Biberach	27	-44%	20	7	-	-	0	9	9	-18
42	L Bodensee	18	-30%	9	6	1	2	3	6	9	-9
43	L Ravensburg	38	-30%	22	13	3	-	3	13	16	-22
44	L Sigmaringen	15	-43%	9	6	-	-	0	6	6	-9
	Land	1.176	-33%	662	403	61	50	111	357	476	-704

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

*Verlustberechnung bei Teiler 40 für verbleibende Schüler aus nicht-gesicherten Hauptschulen.

6.2. Gemeinden: Schülerpotenzial und Standort für Hauptschulen

Aufgrund ihrer Größe kann die überwiegende Mehrheit der Gemeinden zukünftig nicht einmal die Schülerschaft für eine einzügige Hauptschule aufbringen. Bei einer Zugangsquote von 25%, wie gegenwärtig landesweit, bleiben gut zwei Drittel (68,8%) der 1.109 Gemeinden unter der Zahl von 16 Hauptschüler/innen; fällt der Zugang auf 20% stieg dieser Anteil auf 75,7% der Gemeinden, in absoluten Zahlen: 839 Gemeinden, die das Schülerpotential für eine einzügige Hauptschule nicht erreichen (vgl. Tabelle 12).

Noch eindrücklicher wird das Bild, wenn die Messlatte für eine Hauptschule in den Gemeinden höher und auf zumindest 31 Schüler/innen gelegt wird, damit lokal eine zweizügige Haupt-/Werkrealschule möglich wäre. Die Zahl der Gemeinden mit solchem Schülerpotential bleibt bei allen drei Varianten des

Übergangs überschaubar: bei 25% Übergang sind es 144 Gemeinden (13%) und bei 20% Übergang, der wahrscheinliche Fall, sind es 111 Gemeinden (genau 10%), die eigenständig die Schülerschaft für eine solche Haupt-/Werkrealschule mit 2 Zügen aufbringen. Die anderen, annähernd 1000 Gemeinden sind auf Kooperationen mit Nachbargemeinden für den Erhalt einer Haupt-Werkrealschule angewiesen oder werden durch die Schule einer Nachbargemeinde mit versorgt.

Die Zusammenführung der vielen Gemeinden mit sehr geringem Schülerpotential für eine Hauptschule ist nicht leicht zu bewerkstelligen: Bei strengem Maßstab der Zweizügigkeit und schwierigerem Modus der Zusammenlegung könnten dadurch wohl nicht mehr als 80 Gemeinden als Standort für eine Haupt-/Werkrealschule hinzugewonnen werden. Gelingt eine Zusammenführung regional günstiger und werden vereinzelt einzügige Hauptschulen zugelassen (etwa 62), können noch bis zu 104 weitere Gemeinden Standort bleiben.

Tabelle 12

Schülerzahl in den Eingangsklassen der Hauptschulen in den Gemeinden Baden-Württembergs ab 2015, bei Übergang von 15% - 20% - 25%

Anzahl Schüler	Übergänge 15%			Übergänge 20%			Übergänge 25%		
	Anzahl*)	in %	% kum.	Anzahl*)	in %	% kum.	Anzahl*)	in %	% kum.
unter 5	480	43,3	43,3	359	32,4	32,4	252	22,7	22,7
5 - 10	310	28,0	71,2	312	28,1	60,5	309	27,9	50,6
11 - 15	133	12,0	83,2	168	15,1	75,7	202	18,2	68,8
16 - 20	59	5,3	88,5	76	6,9	82,5	81	7,3	76,1
21 - 25	28	2,5	91,1	56	5,0	87,6	71	6,4	82,5
26 - 30	21	1,9	93,0	27	2,4	90,0	50	4,5	87,0
31 - 35	15	1,4	94,3	14	1,3	91,3	21	1,9	88,9
36 - 40	9	,8	95,1	17	1,5	92,8	17	1,5	90,4
41 - 45	5	,5	95,6	10	,9	93,7	10	,9	91,3
46 - 50	7	,6	96,2	13	1,2	94,9	16	1,4	92,8
51 - 55	5	,5	96,7	4	,4	95,2	9	,8	93,6
56 - 60	8	,7	97,4	4	,4	95,6	9	,8	94,4
61 - 65	6	,5	97,9	5	,5	96,0	8	,7	95,1
66 - 90	9	,9	98,7	23	2,2	98,1	17	1,7	96,7
91 - 129	4	,4	99,1	8	,8	98,8	20	1,9	98,5
über 130	10	,9	100,0	13	1,2	100,0	17	1,5	100,0
Gesamt	1109	100,0		1109	100,0		1109	100,0	

Quelle: Eigene Prognose und Berechnungen.

*) Anzahl der Gemeinden

6.3. Werkrealschulen und Haupt-/Werkrealschulen

Die Werkrealschule muss eigens vom Schulträger beantragt werden, wobei für diese Schulart nunmehr Zweizügigkeit verlangt wird, damit der Bestand langfristig gesichert und tragfähig ist, auch im Hinblick der Standards von Schulqualität. Ausdrücklich wird daher nur für „Einzelfälle“ zugelassen, dass zwei einzügige Hauptschulen kooperieren.

Ausgangspunkt ist der gegenwärtige Bestand: Er liegt **2008/09 bei 345 Hauptschulen mit der 10. Klasse der Werkrealschule**. Ihr Angebot ist mit einer gewisse Instabilität belastet, denn 2006/07 wurden noch 353 Werkrealschulen verzeichnet, also acht mehr nur ein Jahr zuvor. Da zukünftig weniger Schüler/innen für die Hauptschulen zu erwarten sind, ist schwer nachzuvollziehen, wie deren Umfang vermehrt werden könnte; eher muss eine Verringerung der Schulen und Standorte erwartet werden.

Die **Zahl der Schüler/innen** in Klasse 10 an den Hauptschulen, folglich in der letzten Klassenstufe zum Erreichen der „Werkrealschul-Reife“, beläuft sich 2008/09 auf 6.666 insgesamt. Im Schuljahr 2005/06 war die Zahl der Schüler/innen in der 10. Hauptschulklasse mit 7.051 am höchsten seit der Einführung dieses Angebotes; seitdem ist sie merklich um fast 400 zurückgegangen. Daraus muss ebenfalls geschlossen werden, dass die Zahl an Werkrealschulen gegenüber dem aktuellen Bestand eher kleiner werden dürfte als dass mehr gebraucht werden.

Vor diesem Hintergrund ist auf die vorliegenden Anmeldezahlen zur „Werkrealschule“, die das Kultusministerium Mitte Dezember 2009 nach Ende der Beantragungsfrist vorgelegt hat, einzugehen. Das Ministerium registriert und verkündet die Beantragung von 377 Werkrealschulen (zumindest zweizügig) und von 95 Anträgen zur Weiterführung eines 10. Schuljahrs an 1-zügigen Hauptschulen (übrigens keine im Reg. Bez. Tübingen, aber 73 im Reg. Bez. Stuttgart). Es bildet die Summe von 472 eingereichten Anträgen.

Einige Zweifel sind an einer Reihe von Beantragungen angebracht. Das Ministerium wird klären müssen, in welchem Umfang den Anträgen einzügiger Hauptschulen entsprochen werden soll, denn die Zahl von 95 Anträgen (noch ohne die möglichen des Reg. Bez. Tübingen) geht über das offizielle Maß hinaus, solche Anträge nur im „Einzelfall“ zu bewilligen. Außerdem dürften unter den 377 Anträgen zur Einrichtung einer „Werkrealschule“ (zweizügig) nicht wenige nur schwer

eine Bewilligung erreichen. Werden Befunde der Regionalgutachten (u. a. Ravensburg, Bodenseekreis, Heilbronn) und die Art und Weise der Antragstellung mancher Kommunen (z.B. Heidelberg) berücksichtigt, könnten nur drei oder vier von fünf Anträgen bewilligungsfähig sein.

Als zukünftiger Bestand an Werkrealschulen kann angesichts der Anträge, auch wenn noch einige hinzukommen, aus den Angaben des Ministeriums gefolgert werden: Es werden landesweit zwischen **320 und 360 zweizügige Werkrealschulen** eingerichtet werden können. Der Bestand an **Haupt-/Werkrealschulen, auch einzügige hinzugezählt**, wird sich dann insgesamt auf **380 bis 420** Schulen belaufen, und zwar durchweg an größeren Orten.

Eine bemerkenswerte Konvergenz stellt sich ein. Anhand der eigenen Prognose für die zukünftige Schülerzahl und Zügigkeit ergibt sich ein **Bestand für die Haupt-/Werkrealschulen** in ganz ähnlicher Größenordnung, wenn die am meisten realistische Variante herangezogen wird. Es verbleiben danach **421 Hauptschulen**, davon 111 eigenständig gesichert, weitere 310 nach Zusammenlegung.

6.4. Nachholbedarf an Realschulen und Gymnasien

Anders als bei den Hauptschulen muss sich die Fortschreibung für die Realschulen und Gymnasien nicht mit möglichen Reduzierungen auseinandersetzen. Vielmehr besteht in allen Kreisen und vielen Kommunen ein zusätzlicher Bedarf an derartigen Schulangeboten. Die Übergänge auf diese beiden Schularten sind in den letzten Jahren stark gestiegen, dennoch ist das Angebot von den Kommunen nicht entsprechend erweitert worden.

Fortschreibung Realschulen

Insgesamt ist für die realschulische Bildungslaufbahn bei 35% Zugang ein Schülerpotential von 32.337 Schüler/innen im Land zu erwarten. Dies Potential signalisiert einen Bedarf **bis zu 480 Realschulen oder realschulische Bildungsgängen**, je nachdem wie die regionale und lokale Verwirklichung möglich ist und welche Zügigkeit (zwei oder drei Züge) realisiert werden soll. Gemessen am Bestand von 427 öffentlichen Realschulen (2008/09) wird ein dringlicher Mehrbedarf in zusätzlich 26 Gemeinden erkennbar. Ein solcher Ausbau realschulischer Bildungsgänge in Verbund- bzw. Sekundarschulen wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration ausländischer Mädchen und Jungen, weil sie vermehrt diese Schulart anstreben.

Je nach aktuellem Bestand und absehbarer Nachfragentwicklung ist der Erweiterungsbedarf für die Einrichtung von Realschulen in den Kreisen unterschiedlich. Besonders groß ist er im SK Stuttgart und in den LK Esslingen, Rhein-Neckar, Ludwigsburg, Rems-Murr, Karlsruhe und Ortenau.

Fortschreibung Gymnasien

Alle Analysen gehen davon aus, dass die Schülerzahl an den Gymnasien weiter steigt. Für die vorhandenen 444 allgemeinbildenden Gymnasien im Land, darunter 377 in öffentlicher Trägerschaft, sind zukünftig 41.578 Schüler/innen bei 45% Zugang als Jahrgangsbreite zu erwarten (2008/09 besuchen 39.437 deren Eingangsklasse). Entgegen der Landesprognose, die eine zurückgehende Schülerzahl bei den Gymnasien (wie Realschulen) unterstellt, ist aber von einer gewissen Zunahme, zumindest Stabilität im Schulbesuch auszugehen.

Anhand des spezifischen Schüleraufkommens ab 2015 kann die Zahl dauerhaft tragfähiger Gymnasien für die Kreise eingeschätzt werden. Ein Gymnasium wird jeweils pauschal als gesichert für 3 Züge bei 80 Schüler/innen im Schnitt angesetzt. Insgesamt zeichnet sich demnach ein Bedarf **bis zu 520 Gymnasien oder gymnasialen Bildungsgängen** im Land ab, wenn eine

angemessene Dreizügigkeit zur Einrichtung verlangt wird. Dies ergibt einen Mehrbedarf von bis zu 100 gymnasialen Bildungsgängen, und zwar wäre deren Einrichtung in bis zu 45 Gemeinden zusätzlich angebracht, wenn der steigenden Nachfrage gefolgt wird.

In manchen Kreisen zeigt sich ein erhöhter planerischer Mehrbedarf an Gymnasien, insbesondere für den LK Esslingen, Rhein-Neckar, Karlsruhe, Ludwigsburg und Ortenau (rechnerisch zusätzlich 7 bis 9 Gymnasien im Kreis); ebenfalls überproportional ist das Manko an Gymnasien im SK Stuttgart, LK Heilbronn, SK Mannheim, LK Waldshut und LK Alb-Donau (rechnerisch zusätzlich 5 bis 6 Gymnasien im Kreis).

Aufgrund der stark veränderten Schulwahl muss eine Erweiterung des vorhandenen Schulangebotes um real-schulische und gymnasiale Bildungsgängen geprüft werden. Gegenwärtige Defizite bei der regional angemessenen Verteilung der Bildungsgänge würden dadurch beseitigt. Es ist allerdings zu prüfen, ob die tragfähige, wohnortnahe und chancengerechte Verteilung der Schulen über alternative Modelle des Schulangebotes besser zu erreichen ist als bei einem Festhalten an der bloßen Fortschreibung mit Realschulen und Gymnasien.

7. Alternative Schulversorgung: Zwei-Säulen-Modell und integrierte Sekundarschule

Die Aufbereitungen zur Schulentwicklungsplanung unter den Prämissen der Dreigliedrigkeit in der Sekundarstufe des Schulwesens haben eindrücklich vor Augen geführt, dass damit die Tragfähigkeit eines wohnortnahen Schulangebotes nicht mehr zu verwirklichen ist. Die Verringerung der Jahrgangsstärken und der Wandel in der Schulwahl mit der Abwendung von der Hauptschule haben eine Schieflage und Unordnung zur Folge. Einer solchen Krise kann mit herkömmlichen Rezepten und Strategien nicht hinreichend begegnet werden.

Für die erste Alternative des „zwei-Säulen-Modells“ in der Sekundarstufe werden hauptschulische und real-schulische Bildungsgänge zusammengeführt (HS + RS) bei Erhalt des bisherigen Gymnasialangebotes. Diese teil-

integrierte Schulform wird oft als **Mittelschule oder Regionalschule** geführt; hier wird sie als „Verbund-schule“ bezeichnet. In der Regel wird für ihre Einrichtung und Führung Zweizügigkeit vorausgesetzt.

Die zweite Alternative der integrierten Schulform in der Sekundarstufe, öfters „**Gemeinschafts-**“, oder „**Gesamtschule**“ genannt, hier als „**Sekundarschule**“ bezeichnet, versammelt alle Kinder der Gemeinde. Für sie wird eher Dreizügigkeit verlangt, um die Möglichkeit einer Oberstufe zu eröffnen. Aber auch die zweizügige Option ist beachtenswert: Sie vereint die Kinder unter dem Motto „länger gemeinsam lernen“ bis zur 10. Klasse. Danach wird von einem Teil der Schülerschaft die Oberstufe an einem allgemeinbildenden oder einem beruflichen Gymnasium besucht oder eine berufliche Ausbildung aufgenommen.

Tabelle 13

Zukünftige Schülerzahlen für Verbundschulen in den Kreisen

Kreis		Schüler- potential 2015 - 20	Schüler bei 55% Zugang	Schulbestand		Verbundschulen bei...	
				HS 2008/09	HS + RS 2015	40 Schüler/ Schule	60 Schüler/ Schule
01	S Stuttgart	5.508	3.029	35*)	20 + 19	76	50
02	L Böblingen	3.390	1.865	33	11 + 16	47	31
03	L Esslingen	4.636	2.550	49	19 + 22	64	43
04	L Göppingen	2.095	1.152	28	16 + 11	29	19
05	L Ludwigsburg	4.756	2.616	42	20 + 21	65	44
06	L Rems-Murr	3.528	1.940	35	15 + 18	49	32
07	S Heilbronn	1.136	625	11	9 + 4	16	10
08	L Heilbronn	2.796	1.538	29	16 + 13	38	26
09	L Hohenlohe	961	529	13	3 + 6	13	9
10	L Schwäbisch-H.	1.684	926	27	8 + 11	23	15
11	L Main-Tauber	1.047	576	21	4 + 7	14	10
12	L Heidenheim	1.061	584	17	6 + 7	15	10
13	L Ostalbkreis	2.765	1.520	42	10 + 16	38	25
14	S Baden-Baden	384	211	5	2 + 1	5	4
15	S Karlsruhe	2.540	1.397	26	3 + 9	35	23
16	L Karlsruhe	3.520	1.936	52	17 + 15	48	32
17	L Rastatt	1.780	979	28	7 + 10	24	16
18	S Heidelberg	1.200	660	6	3 + 3	17	11
19	S Mannheim	2.729	1.501	21	17 + 9	38	25
20	L Neckar-Odenw.	1.207	664	23	6 + 6	17	11
21	L Rhein-Neckar	4.449	2.447	50	17 + 16	61	41
22	S Pforzheim	1.062	584	13	4 + 4	15	10
23	L Calw	1.291	710	19	6 + 7	18	12
24	L Enzkreis	1.490	820	23	4 + 9	21	14
25	L Freudenstadt	1.015	558	17	13 + 7	14	9
26	S Freiburg	2.007	1.104	10	5 + 6	28	18
27	L Breisgau-Hoch.	2.128	1.170	34	7 + 9	29	20
28	L Emmendingen	1.320	726	23	5 + 7	18	12
29	L Ortenau	3.587	1.973	70	13 + 17	49	33
30	L Rottweil	1.216	669	24	3 + 6	17	11
31	L Schwarzw.-B.	1.733	953	26	9 + 8	24	16
32	L Tuttlingen	1.272	700	18	6 + 7	18	12
33	L Konstanz	2.178	1.198	34	11 + 10	30	20
34	L Lörrach	1.743	959	26	9 + 8	24	16
35	L Waldshut	1.347	741	28	9 + 9	19	12
36	L Reutlingen	2.396	1.318	34	9 + 10	33	22
37	L Tübingen	1.962	1.079	23	5 + 7	27	18
38	L Zollernalb	1.583	871	26	11 + 11	22	15
39	S Ulm	1.152	633	10	4 + 4	16	11
40	L Alb-Donau	1.712	942	27	11 + 8	24	16
41	L Biberach	1.753	964	27	6 + 7	24	16
42	L Bodensee	1.686	927	18	6 + 7	23	15
43	L Ravensburg	2.439	1.341	38	16 + 11	34	22
44	L Sigmaringen	1.155	635	15	5 + 8	16	11
	Land	92.389	50.820	1.176	394+427	1.271	847

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistisches Landesamtes Baden-Württemberg

*) Die Zahl der Realschulen wird in 2008 und 2015 als gleich angenommen.

7.1 Alternative I: Zwei Säulen-Modell mit Verbundschule und Gymnasium

Das spezifische Schülerpotential für den **Zugang zur Verbundschule** wird sich bei einem Zugang von 55% insgesamt auf **50.820 Schüler/innen in Baden-Württemberg** belaufen; bei einem Zugang von 60% wären es insgesamt sogar 55.439 Schüler/innen. Planerisch könnten somit landesweit bei günstiger Auslegung bis zu 1.271 zweizügige Verbundschulen eingerichtet werden. Angemessener ist die Variante pro Schule 60 Schüler/innen anzusetzen, weil eine optimale Verteilung öfters nicht möglich ist und durchgängige Zweizügigkeit nicht angestrebt werden muss. Danach können **landesweit 847 Verbundschulen gesichert eingerichtet** werden, die sich auf 549 bis 577 Gemeinden verteilen würden.

Die Verteilung der Verbundschulen auf die Kreise reicht von 4 Schulen im kleinen Stadtkreis Baden-Baden bis zu 50 Schulen in der Landeshauptstadt Stuttgart. Eine größere Anzahl wäre in den LK Esslingen, Ludwigsburg und Rhein-Neckar zu erwarten (41 bis 44 Verbundschulen). Diese Zahlen dienen als Richtgrößen, um auch den möglichen Bedarf an Schulgebäuden und Räumen in der Folge abschätzen zu können (vgl. Tabelle 13).

Verbundschulen nutzen und bewahren vorhandene Schulgebäude und Schulraum

Insgesamt stehen absehbar mehr Schulgebäude und -räume zur Verfügung als für die Verbundschulen gebraucht werden. Deshalb könnten in manchen Gemeinden die Gebäude aufgelöster Hauptschulen umgewidmet werden. Ebenso wird ersichtlich, dass zukünftig die Zahl an Haupt- und Realschulen geringer bleibt als die der Verbundschulen. Ohne die Option auf die Verbundschule stehen in manchen Gemeinden vorhandene Schulgebäude leer, weil sie für eine Hauptschule nicht mehr genutzt werden. Auch aus diesen Gründen der möglichen Nutzung und Bewahrung von Schulgebäuden und Schulraum ist die Verbundschule eine günstige Option für die Schulträger.

Möglichkeit zur Verbundschule auf Gemeindeebene
Die Einrichtung einer Verbundschule ist grundsätzlich gerechtfertigt, wenn dafür kommunal eine hinreichende Schülerzahl erwartet werden kann: Sie wird für die Verbundschule bei zwei Zügen angesetzt, wofür je nach Maßgabe gesichert 31 oder 35 Schüler/innen vorauszusetzen werden.

Als Gesamtpotential ergibt sich, dass bei einem Zugang von 55% in **Baden-Württemberg in 498 bis 549 Gemeinden gesichert eine Verbundschule** eingerichtet werden könnte. Die Differenz ist abhängig von den lokalen Zuordnungsmöglichkeiten, wie sie real bestehen. Findet die Verbundschule höhere Akzeptanz (z.B. 60% Zugang), dann kann dieses Gesamtpotential von Gemeinden sich auf bis **zu 577** erhöhen (vgl. Tabelle 14).

Im **Vergleich zur Hauptschule** hätten mit der Verbundschule **304 Gemeinden mehr** weiterhin einen hauptschulischen Bildungsgang am Ort. Dies ist als ein hohes Maß an möglicher Sicherung dieses Bildungsganges durch die Verbundschule und als großer Gewinn für die Wohnortnähe der Schulen anzusehen. Im **Vergleich zur Realschule** ist mit der Verbundschule ebenfalls in deutlich mehr Standorten, **zusätzlich in 190 Gemeinden**, dieser Bildungsgang möglich. In allen diesen Fällen handelt es sich um eine Erweiterung des Bildungsangebotes, das den Schulstandort aufwertet und durch die größere Wohnortnähe die Bildungschancen erhöht, nicht zuletzt bei bislang bildungsfernen Schichten und Kindern ausländischer Herkunft.

Tabelle 14

Eingangsklasse für Verbundschulen in den Gemeinden Baden-Württembergs ab 2015 bei Übergangsquoten von 55% - 60% - 65%

Anzahl Schüler	Übergänge 55%			Übergänge 60%			Übergänge 65%		
	Anzahl	in %	% kum.	Anzahl	in %	% kum.	Anzahl	in %	% kum.
bis 5	93	8,4	8,4	85	7,7	7,7	82	7,4	7,4
5 - 10	135	12,2	20,6	112	10,1	17,8	93	8,4	15,8
10 - 15	185	16,7	37,2	173	15,6	33,4	163	14,7	30,5
16 - 20	101	9,1	46,3	110	9,9	43,3	110	9,9	40,4
20 - 25	112	10,1	56,4	109	9,8	53,1	95	8,6	49,0
25 - 30	91	8,2	64,7	94	8,5	61,6	99	8,9	57,9
31 - 35	59	5,3	70,0	53	4,8	66,4	63	5,7	63,6
35 - 40	46	4,1	74,1	54	4,9	71,2	58	5,2	68,8
40 - 45	28	2,5	76,6	38	3,4	74,7	43	3,9	72,7
45 - 50	38	3,4	80,1	29	2,6	77,3	32	2,9	75,6
50 - 55	27	2,4	82,5	34	3,1	80,3	27	2,4	78,0
55 - 60	22	2,0	84,5	28	2,5	82,9	33	3,0	81,0
61 - 65	18	1,6	86,1	14	1,3	84,1	17	1,5	82,5
66 - 90	51	4,5	90,7	64	5,8	89,9	70	6,3	88,8
91 - 129	40	3,6	94,3	38	3,4	93,3	44	4,0	92,8
130 u.m.	63	5,7	100,0	74	6,7	100,0	80	7,2	100,0
Gesamt	1109	100,0		1109	100,0		1109	100,0	

Quelle: Eigene Prognose und Berechnungen

7.2 Alternative II: integriertes Modell der Sekundarschule

Die Alternative der integrierten Schulform in der Sekundarstufe, öfters „Gemeinschafts-„ oder „**Gesamtschule**“ genannt, hier als „**Sekundarschule**“ bezeichnet, versammelt alle Kinder der Gemeinde. Für sie wird Dreizügigkeit verlangt, wenn die Möglichkeit zur eigenen Oberstufe gewahrt werden soll. Aber auch die zweizügige Option ist beachtenswert: Sie vereint die Kinder unter dem Motto „länger gemeinsam lernen“ bis zur 10. Klasse; danach kann eine allgemeinbildende oder berufliche Oberstufe besucht werden.

Hohes Schülerpotential und viele Sekundarschulen in den Kreisen möglich

Für die Sekundarschulen stehen landesweit naturgemäß viele Schüler/innen zur Verfügung, diese Schulart hat ein hohes Schülerpotential. Dies ist ein wichtiger, oft unterschätzter Vorteil dieser integrierten

Schulform bei demographisch zurückgehenden Schülerzahlen, weil sie weit öfters tragfähig wohnortnah bleiben können. Bei einem Zugang von 90%, der zumeist zu erwartende Grad an Akzeptanz, sind landesweit 83.152 Schüler/innen für die Sekundarschulen möglich. Fällt die Akzeptanz höher aus (95%), steigt das Schülerpotential auf 87.770 Schüler/innen im Zugang; bleibt die Akzeptanz geringer (85%), dürften noch 78.530 Schüler/innen die Eingangsklassen der Sekundarschulen besuchen.

Schulstrategisch naheliegend und günstiger ist ein Mix aus zweizügigen sowie drei- und mehrzügigen Sekundarschulen, je nach Ausgangslage in den Kommunen und gemäß den Interessen in der Elternschaft.

Bei einem solchen **Mix an zwei- und dreizügigen Sekundarschulen** berechnet sich im Land ein planerischer **Bedarf von 1.386 Schulen** (mit dem Berechnungsmodus von gesichert 60 Schüler/innen in der Eingangsklasse).

Wird verlangt, **alle Sekundarschulen zumindest dreizügig** zu führen, dann ergibt sich der planerische **Bedarf von 1.039 solcher Schulen** landesweit (mit dem Berechnungsmodus von gesichert 80 Schüler/innen in der Eingangsklasse).

Beide Varianten der möglichen Schülerzahl und Zügigkeit für einzurichtende Sekundarschulen sind kreisweise berechnet und ausgewiesen; ergänzend wird das Resultat für durchgängig zweizügige Sekundarschulen angeführt (Berechnungsmodus 40 Schüler/innen pro Eingangsklasse). Dadurch wird die hohe Flexibilität für die Gemeinden deutlich, die sie bei der Gestaltung ihres Schulangebotes gewinnen, wenn sie die Möglichkeiten der integrierten Sekundarschule aufgreifen und umsetzen (vgl. Tabelle 15).

Sollten nur **3-zügige Sekundarschulen** eingerichtet werden, dann reichen für den kleinsten Stadtkreis 4 solcher Schulen hin, für den größten, die Landeshauptstadt Stuttgart würden 62 Schulen anzusetzen sein. Ebenfalls viele solcher Schulen ergeben sich in den drei LK Esslingen, Göppingen und Rhein-Neckar mit 50 bis 54 dreizügigen Sekundarschulen als planerischem Bedarf. Diese Zahlen sind als Mindestprogramm zu verstehen, weil Sekundarschulen je nach regionaler Ausgangslage auch mit vier bis fünf Zügen eingerichtet werden könnten.

Bei dem für die Schulentwicklung zu bevorzugenden Mix aus zwei- sowie drei- bzw. auch vierzügigen Sekundarschulen erhöht sich zwar der grundsätzliche Bedarf an Schulen dieser Form auf 1.386, er bleibt aber weit unter dem jetzigen Schulbestand öffentlicher Schulen in der Sekundarstufe, der bei 1.980 liegt (darunter 1.176 Hauptschulen). Daraus lässt sich folgern, dass trotz der hohen Zahl an Sekundarschulen, die einzurichten sind, in einigen Fällen vorhandene Schulgebäude und Räume, die leer zu stehen drohen, bei effizienter Schulentwicklung genutzt werden können.

Möglichkeiten für Sekundarschulen in den Gemeinden

Aufschlussreich ist die Auskunft, dass grundsätzlich **insgesamt 620 Gemeinden eigenständig als Standort einer gesicherten Sekundarschule mit zwei oder drei (auch mehr) Zügen** in Frage kommen, wenn der Übergang im Schnitt 90% beträgt, was durchaus erwartet werden kann (vgl. Tabelle 16).

Diese Zahl an 620 eigenständig möglichen kommunalen Standorten setzt sich aus drei Optionen für die Gemeinden bei der Einrichtung einer Sekundarstufe zusammen: In 204 Gemeinden ist es möglich, mehrere Sekundarschulen einzurichten, zum Teil sogar mehrere drei- oder vierzügige Schulen; in weiteren 124 Gemeinden ist bei einem kommunalen Schülerpotential zwischen 61 bis 90 Schüler/innen im Zugang, zumeist eine Sekundarschule mit 3 bis 4 Zügen möglich; in weiteren 202 Gemeinden wird durchweg eine Sekundarschule mit zwei Zügen möglich sein, bei einem mittleren jährlichen Schülerpotential für die Eingangsklasse zwischen 31 und 60 Schüler/innen.

Zu diesen 620 Gemeinden treten jene hinzu, die nach Zusammenlegung mit dem Schülerpotential von Nachbargemeinden einen tragfähigen Standort für eine Sekundarschule abgeben. Werden alle Standorte von Sekundarschulen zusammengezählt, die entweder kommunal eigenständig möglich sind, 602 Gemeinden, oder die nach Zusammenlegung erreichbar sind, zusätzlich 92 bis 139 Gemeinden, dann bietet die Sekundarschule die große Möglichkeit, dass **in Zukunft 712 bis sogar 759 Gemeinden Schulstandort mit einem Angebot in der Sekundarstufe** sind.

Tabelle 15

Erwartbare Schülerzahlen und integrierte Sekundarschulen nach Kreisen

Kreis		Allgem. Schülerpotential 2015	Schülerpotential bei 90%	gesicherter Bestand 2008/09 HS+RS+GY	Sekundarschulen bei...		
					40 pro Schule (2z.)	60 pro Schule (2 - 3z.)	80 pro Schule (3z. u. m.)
01	S Stuttgart	5.508	4.957	20 + 19 + 26	124	83	62
02	L Böblingen	3.390	3.051	11 + 16 + 16	76	51	38
03	L Esslingen	4.636	4.172	19 + 22 + 17	104	70	52
04	L Göppingen	2.095	1.886	16 + 11 + 9	47	31	24
05	L Ludwigsburg	4.756	4.280	20 + 21 + 20	107	71	54
06	L Rems-Murr	3.528	3.175	15 + 18 + 14	79	53	40
07	S Heilbronn	1.136	1.022	9 + 4 + 5	26	17	13
08	L Heilbronn	2.796	2.516	16 + 13 + 10	63	42	31
09	L Hohenlohe	961	865	3 + 6 + 3	22	14	11
10	L Schwäbisch-Hall	1.684	1.516	8 + 11 + 6	38	25	19
11	L Main-Tauber	1.047	942	4 + 7 + 5	24	16	12
12	L Heidenheim	1.061	955	6 + 7 + 6	24	16	12
13	L Ostalbkreis	2.765	2.488	10 + 16 + 14	62	41	31
14	S Baden-Baden	384	345	2 + 1 + 3	9	6	4
15	S Karlsruhe	2.540	2.286	3 + 9 + 11	57	38	29
16	L Karlsruhe	3.520	3.168	17 + 15 + 12	79	53	40
17	L Rastatt	1.780	1.602	7 + 10 + 6	40	27	20
18	S Heidelberg	1.200	1.080	3 + 3 + 4	27	18	14
19	S Mannheim	2.729	2.456	17 + 9 + 9	61	41	31
20	L Neckar-Odenw.	1.207	1.086	6 + 6 + 6	27	18	14
21	L Rhein-Neckar	4.449	4.004	17 + 16 + 16	100	67	50
22	S Pforzheim	1.062	955	4 + 4 + 5	24	16	12
23	L Calw	1.291	1.161	6 + 7 + 5	29	19	15
24	L Enzkreis	1.490	1.341	4 + 9 + 6	34	22	17
25	L Freudenstadt	1.015	913	3 + 7 + 5	23	15	11
26	S Freiburg	2.007	1.806	5 + 6 + 9	45	30	23
27	L Breisgau-Hochs.	2.128	1.915	7 + 9 + 8	48	32	24
28	L Emmendingen	1.320	1.188	5 + 7 + 4	30	20	15
29	L Ortenau	3.587	3.228	13 + 17 + 13	81	54	40
30	L Rottweil	1.216	1.094	3 + 6 + 6	27	18	14
31	L Schwarzw.-Baar	1.733	1.560	9 + 8 + 7	39	26	20
32	L Tuttlingen	1.272	1.145	6 + 7 + 5	29	19	14
33	L Konstanz	2.178	1.960	11 + 10 + 9	49	33	25
34	L Lörrach	1.743	1.569	9 + 8 + 7	39	26	20
35	L Waldshut	1.347	1.212	9 + 9 + 3	30	20	15
36	L Reutlingen	2.396	2.156	9 + 10 + 9	54	36	27
37	L Tübingen	1.962	1.766	5 + 7 + 9	44	29	22
38	L Zollernalb	1.583	1.425	11 + 11 + 8	36	24	18
39	S Ulm	1.152	1.036	4 + 4 + 6	26	17	13
40	L Alb-Donau	1.712	1.541	11 + 8 + 5	39	26	19
41	L Biberach	1.753	1.578	6 + 7 + 7	39	26	20
42	L Bodensee	1.686	1.517	6 + 7 + 6	38	25	19
43	L Ravensburg	2.439	2.195	16 + 11 + 11	55	37	27
44	L Sigmaringen	1.155	1.039	5 + 8 + 6	26	17	13
	Land	92.389	83.152	394+427+377	2.079	1.386	1.039

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Tabelle 16

Eingangsklasse integrierte Sekundarschule in den Gemeinden Baden-Württembergs ab 2015 bei Übergangsquoten von 85% - 90% - 95%

Anzahl Schüler	Übergänge 85%			Übergänge 90%			Übergänge 95%		
	Anzahl	in %	% kum.	Anzahl	in %	% kum.	Anzahl	in %	% kum.
unter 5	61	5,5	5,5	61	5,5	5,5	53	4,8	4,8
5 - 10	58	5,2	10,7	53	4,8	10,3	58	5,2	10,0
11 - 15	109	9,8	20,6	97	8,7	19,0	78	7,0	17,0
16 - 20	110	9,9	30,5	103	9,3	28,3	101	9,1	26,1
20 - 25	82	7,4	37,9	87	7,8	36,2	89	8,0	34,2
26 - 30	91	8,2	46,1	88	7,9	44,1	85	7,7	41,8
31 - 35	70	6,3	52,4	58	5,2	49,3	59	5,3	47,2
36 - 40	68	6,1	58,5	68	6,1	55,5	73	6,6	53,7
40 - 45	50	4,5	63,0	56	5,0	60,5	53	4,8	58,5
46 - 50	41	3,7	66,7	52	4,7	65,2	50	4,5	63,0
51 - 55	39	3,5	70,2	37	3,3	68,5	34	3,1	66,1
56 - 60	38	3,4	73,7	31	2,8	71,3	43	3,9	70,0
61 - 65	19	1,7	75,4	29	2,6	73,9	21	1,9	71,9
66 - 90	93	8,4	83,8	95	8,7	82,5	104	9,4	81,2
91 - 129	70	6,3	90,1	74	6,7	89,2	84	7,6	88,8
130 u.m.	110	9,9	100,0	120	10,8	100,0	124	11,2	100,0
Gesamt	1109	100,0		1109	100,0		1109	100,0	

Quelle: Eigene Prognose und Berechnungen

8. Bilanz der Leistungsfähigkeit und Folgerungen

Die Kriterien und Maßstäbe, an denen sich die Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung der verschiedenen Modelle des Schulangebotes in der Sekundarstufe erweisen muss, sind äquivalent anzuwenden: die Bestimmung des Zugangs, die erwartbare Schülerzahl, die Festlegung der Zügigkeit und die Modalitäten von Bestand, Auflösung und Zusammenlegung.

8.1. Erster Vergleich: Gemeinden als Schulstandort

Um die wohnortnahe Versorgungsleistung von Fortschreibung und Alternativen zu bestimmen, wird für die jeweiligen Modelle des Schulangebotes geklärt, in wie vielen Gemeinden gesichert ein hauptschulischer, ein realschulischer und ein gymnasialer Bildungsgang mit den entsprechenden Abschlüssen vorhanden sein

wird. Je mehr Gemeinden tragfähig und gesichert diese Bildungsgänge zukünftig vorhalten können, desto günstiger ist die Versorgungsleistung und desto besser sind die regionalen Bildungschancen verteilt.

In allen drei Vergleichen erweist sich, dass die **Fortschreibung** des gegliederten Modells für die Schulversorgung und Chancengerechtigkeit mit Abstand am ungünstigsten ist. Die **Verbundschule** ermöglicht die Sicherung der hauptschulischen und die Erweiterung um realschulische Bildungsgänge in weit mehr Gemeinden, allerdings nicht die Erweiterung um gymnasiale Bildungsgänge. Die **integrierte Sekundarschule** (als 2- und 3-zügige) würde für die meisten Gemeinden im Kreis das volle Bildungsangebot der Sekundarstufe eröffnen und zugleich die weitaus wenigsten Gemeinden ohne Sekundarschule lassen: ein entscheidender Gewinn an Wohnortnähe und Aufwertung des Schulstandortes (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17

Gemeinden als Schulstandorte in der Sekundarstufe bei drei-gliedrigem Schulangebot, Verbundschule und integrierter Sekundarschule in Baden-Württemberg *)

Zahl an Gemeinden als Schulstandorte	Hauptschule (20%)		Realschule (35%)		Verbundschule (55%)		Gymnasium (45%)		Sekundarschule (90%)	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Gegenwärtig 2008/09										
mit Schule	781	70,4	333	30,0	0	0	226	20,4	3	0,3
ohne Schule	328	29,6	776	70,0	1109	100	883	79,6	1106	99,7
Zukünftig 2015 - 2020										
Schule, allein sicher	111	10,0	333	30,0	397	35,8	226	20,4	620	55,9
Schule, mehrere Gem.	80	7,2	(26)	2,3	152	13,7	(45)	4,1	139	12,5
Gemeinden mit Schule	191	17,2	359	32,3	549	49,5	271	24,5	759	68,4
ohne Schule	918	82,8	750	67,7	560	50,5	838	75,5	350	31,6
Insgesamt	1109	100	1109	100	1109	100	1109	100	1109	100

Quelle: Eigene Berechnungen und Zusammenstellung (die angesetzte Zugangsquote ist in Klammern angeführt)

* Maßstab „Schule, allein sicher“: kommunal zumindest Schülerpotential für 2 Züge; „Schule, mehrere Gem.“: Zusammenlegung des Schülerpotentials mehrerer Gemeinden, mit dem Modus: bei kommunal weniger als 16 Schüler/innen kann keine Schule geführt werden; das Schülerpotential dieser Gemeinden ohne Schule wird jenen Gemeinden zugerechnet, die 15 bis 30 Schüler/innen haben (einzügig wären); bei günstiger Zuteilung kann in der Hälfte dieser Gemeinden eine Schule eingerichtet werden.

Weit bessere Schulversorgung mit Verbundschule und integrierter Sekundarschule

Bei Einrichtung von **integrierten Sekundarschulen** können **gut zwei Drittel der Gemeinden** Schulstandort sein (68,4%), wobei sie in dieser Schulform alle Bildungsgänge und Abschlüsse anbieten. Bemerkenswert erscheint, dass 218 Städte allein gesichert eine Sekundarschule mit drei und mehr Zügen einrichten könnten.

Wie zu ersehen, ist mit der **Verbundschule die Hälfte der Gemeinden** Schulstandort (49,5%), allerdings begrenzt sich der gymnasiale Bildungsgang wie bislang in den bisherigen Gymnasien auf ein Fünftel der Gemeinden (20,4%), wenn kein Ausbau erfolgt.

Bei **Dreigliedrigkeit des Schulangebotes wird knapp ein Drittel der Gemeinden** Schulstandort sein (32,3%), wobei dies meist durch die Realschulen erreicht wird. Höchstens ein Viertel der Gemeinden (24,5%) wird Standort eines Gymnasiums sein können, selbst bei zusätzlichem Ausbau. Eine Haupt-/Werkrealschule wäre bei strikt verlangter Zweizügigkeit in noch weniger Gemeinden zu finden (17,2%); bei günstiger Zuteilung der Schüler/innen und einzelnen einzügigen

Hauptschulen (ca. 62) könnte dieser Anteil auf bis zu 26,6% ansteigen.

Dies sind eindrucksvolle Stufungen der Schulversorgung im Lande, die ein Votum für die integrierte Sekundarschule als günstigste strategische Option zur Schulentwicklung untermauern (vgl. Tabelle 17).

8.2. Zweiter Vergleich: Sicherung, Erweiterung und Aufstockung

Von hoher Relevanz für die mögliche Einrichtung einer Verbundschule oder einer Sekundarschule ist die Abwägung, inwieweit durch die integrierte Schulform in den Gemeinden das hauptschulische Bildungsgänge gesichert oder durch realschulische und gymnasiale Bildungsgänge erweitert bzw. aufgestockt werden kann.

Sicherung des hauptschulischen Bildungsganges: Bei vergleichbaren Maßstäben fällt die Versorgungsleistung der Hauptschule gegenüber den beiden Alternativen erheblich ab. Ein hauptschulischer Bildungsgang könnte in bis zu 514 Gemeinden mehr gesichert werden, wenn er im Rahmen einer Verbund- oder

Sekundarschule statt in einer eigenen Schulform angeboten wird. Damit ist ein hohes Maß an wohnortnaher Wahrung dieses Bildungsganges angezeigt, unabhängig davon ob die Schule zwei- oder dreizügig geführt wird.

Erweiterung durch realschulischen Bildungsgang und mittleren Abschluss: Aufgrund der höheren Zugangsquote könnte die Versorgung mit Realschulen noch etwas gesteigert werden. Trotz dieser günstigeren Situation bei den Realschulen kann auch ihnen gegenüber die Verbundschule wie die Sekundarschule eine weit bessere Versorgungsleistung aufweisen: Denn es sind bei der Verbundschule genau 150 Gemeinden mehr, bei der Sekundarschule sogar bis zu 400 Gemeinden mehr, die dann einen realschulischen Bildungsgang und Abschluss anbieten könnten. Verbund- wie Sekundarschule würden eine starke Erweiterung im Schulangebot vieler Gemeinden eröffnen und ermöglichen.

Aufstockung mit dem gymnasialen Bildungsgang und Abschluss: Für Gemeinden als Standort eines Gymnasiums ist absehbar, dass sich deren Zahl in den nächsten Jahren erhöhen kann. Aber es ist kaum zu erwarten, dass mehr als 271 Gemeinden als Gymnasialstandort für die dann womöglich gut 420 öffentlichen Gymnasien in Frage kommen (bei Ausbau). Denn zu sehr bleibt das Gymnasium auf die größeren Orte oder auf regional weite Einzugsbereiche begrenzt. Drei- und mehrzügige Sekundarschulen, mit eigener gymnasialer Oberstufe können in 328 Gemeinden eigenständig tragfähig eingerichtet werden, hinzukämen gut 46 drei- und mehrzügige Sekundarschulen durch die Schülerschaft mehrerer Gemeinden. Dies beläuft sich insgesamt auf 374 Gemeinden, die in ihrer Sekundarschule den gymnasialen Bildungsgang bis Klasse 12 und bis zur Hochschulreife anbieten können. Dies wäre eine erhebliche Aufstockung des Bildungsangebotes in zusätzlich 103 Gemeinden.

Mit der dreizügigen Sekundarschule, die den hauptschulischen, realschulischen und gymnasialen Bildungsgang integriert, würden viel mehr Gemeinden über das volle Spektrum der Bildungswege in der Sekundarstufe verfügen als beim Festhalten an der Dreigliedrigkeit. Die Erweiterung mit realschulischen Bildungsgängen und Abschlüssen und die Aufstockung in 103 Gemeinden mit dem gymnasialen Bildungsgang bis zur Hochschulreife kämen einer „Bildungsexpansion“ gleich. Statt das Schulangebot zu reduzieren, wie es die gegenwärtige offizielle schulpolitische Strategie mit der Auflösung vieler Hauptschulen vorschreibt, könnte mit der Verbundschule ebenso wie mit der integrierten Sekundarschule ein Weg aus der Krise genommen und

ein schulpolitischer Aufschwung erreicht werden. Es wäre eine erhebliche Ausweitung und Verdichtung der Schullandschaft möglich statt einer absehbaren Verringerung und Ausdünnung.

8.3. Folgerungen zur Schulentwicklung und Empfehlungen

Der **Leistungsvergleich** ergibt einen **klaren Vorsprung** für die mögliche Versorgungsleistung in den Kommunen durch die Verbundschule, noch mehr **durch die integrierte Sekundarschule**. Es bewahrheitet sich, dass bei einem strategischen Mix in der Schulentwicklung mit der Einrichtung von zwei- und dreizügigen Sekundarschulen eine deutlich bessere Schulversorgung mit weniger Schulen zu erreichen ist. Diese Schulen sind demnach nicht nur tragfähiger, stabiler und wohnortnäher gestaltbar, sondern auch effizienter und letztlich kostengünstiger. Mittel, die dadurch gewonnen werden, sollten für bessere Ressourcen und Ausstattungen bei den einzelnen Schulen genutzt werden.

Ein entscheidender Grund zugunsten der Verbundschulen und der Sekundarschulen gegenüber Haupt-/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium im dreigliedrigen Schulwesen ist auf eine einfache Formel zu bringen: **Mit deutlich weniger Schulen können viele Gemeinden Schulstandort bleiben oder werden.** Dies ist weder eine Zauberformel noch ein Paradox, sondern ergibt sich als einfache Ableitung: Die drei Schularten im dreigliedrigen Schulwesen benötigen kommunal oder im Einzugsbereich ein zahlenmäßig weit größeres Schülerpotential, um tragfähig zu sein, weshalb sie nur in größeren Städten vorhanden sein können. Verbundschule wie Sekundarschule können dagegen bereits bei geringerem kommunalem Schülerpotential stabil und tragfähig eingerichtet werden. Die Konsequenz: Mehr Gemeinden als in den anderen Modellen können sich als anspruchsvoller Schulstandort profilieren. Dies ist nicht nur zum Vorteil für Schüler/innen und Eltern, sondern auch für die lokale und regionale Wirtschaft: Handwerk, Industrie und Firmen.

Für manche Gemeinden als Schulträger ergibt sich mit der Einrichtung von alternativen Schulmodellen wie der Verbundschule und der Sekundarschule eine wichtige Perspektive hinsichtlich **Schulgebäuden und -räumen**: Für die Einrichtung dieser Schulen können möglicherweise vorhandene Schulgebäude – und räume genutzt werden, etwa von aufgelösten Hauptschulen. Auf der anderen Seite kann der drohende Leerstand solcher Gebäude und Räume durch die Einrichtung einer Verbund- und Sekundarschule verringert werden.

Aus dem Vergleich der Folgen verschiedener Übergangsquoten wird ersichtlich: Die **Zu- oder Abnahme der Übergangsquoten** ist für die Sicherung oder Wahrung der einzelnen Hauptschule weniger bedeutsam als Debatten darum vermuten lassen. Denn die Differenz in der Zahl von Gemeinden mit zu geringem Schülerpotential für eine einzügige oder eine zweizügige Hauptschule ändert sich nicht wesentlich. Dies ist dadurch begründet, dass eine Erhöhung oder Minderung des Zugangs im Rahmen von fünf oder zehn Prozent sich bei kleineren Hauptschulen in der Schülerzahl kaum auswirken.

Die abschließende **Bilanz** enthält eine gute und eine schlechte Nachricht: Die **schlechte Nachricht betrifft das dreigliedrige Schulmodell** für die Sekundarstufe, das nicht in der Lage ist, eine tragfähige und wohnortnahe Schulversorgung zu gewährleisten; bereits der Versuch zur „Rettung der Hauptschule“ durch Einführung der „Hauptschule mit Werkrealschule“ ist fehlgeschlagen. Der erneute Versuch, nun zur „Rettung der dreigliedrigen Schulstruktur“ die „zweizügige Haupt-/Werkrealschule“ zu etablieren, kann ebenso wenig erfolgreich sein. Die **gute Nachricht bezieht sich auf Verbundschule wie Sekundarschule**: Sie besagt, dass beide Schulmodelle deutlich besser geeignet sind, in den Gemeinden eine Schule der Sekundarstufe zu halten, sogar in erheblichem Masse das Angebot an qualifizierten Abschlüssen wohnortnah zu erweitern und aufzustocken. Diese Möglichkeiten sind vor allem für die Schulträger und Eltern wichtig, wenn sie die zukünftige Schulentwicklung bedenken, planen und darüber entscheiden.

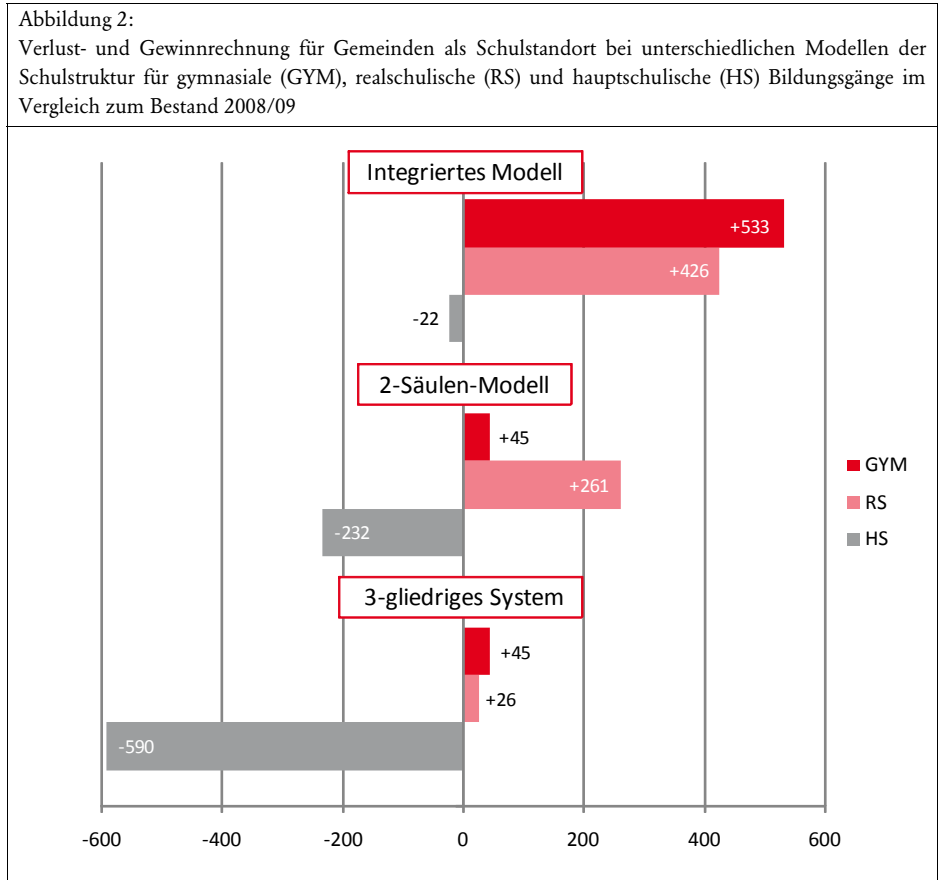
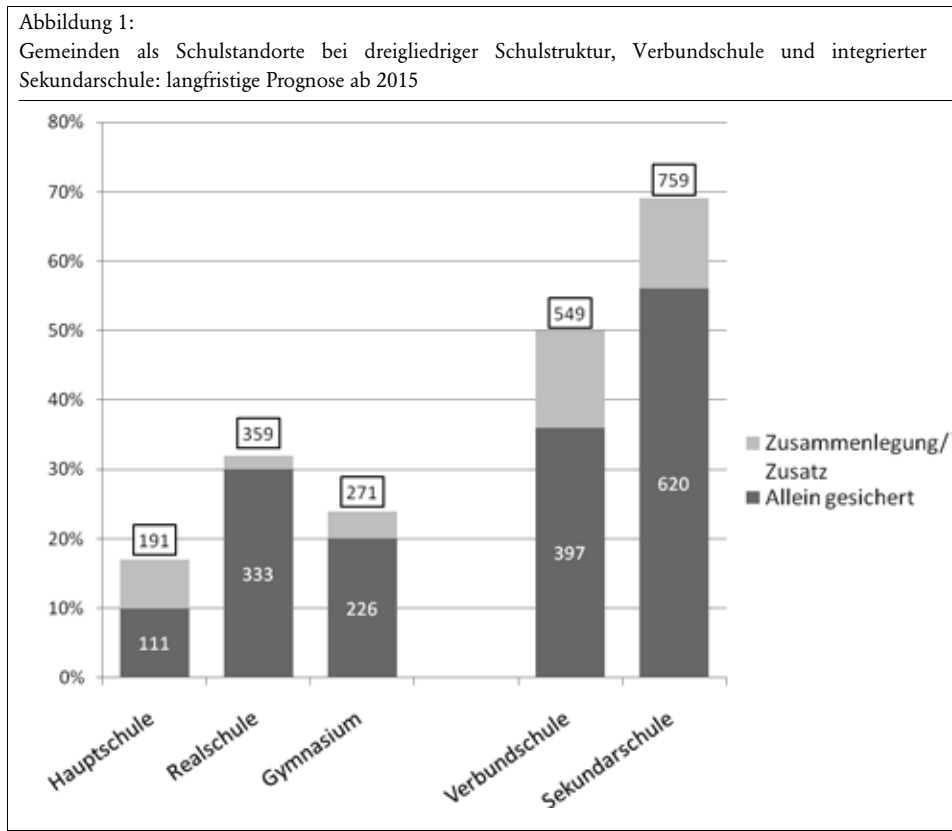
Das Festhalten an der dreigliedrigen Schulaufteilung in der Sekundarstufe ist letztlich eine **resignative Schulentwicklungsstrategie**, die Abwicklung des Verlustes mit dem Rettungsversuch von Restbeständen steht im Vordergrund. Bildungsbereitschaft unter den Eltern und Bemühungen um die Schulentwicklung bei den Gemeinden wird dadurch eher gebremst statt ermuntert. Angebrachter wäre ein **Ausbau der Bildungslandschaft** und Schulangebote. Daher sollte die Schulentwicklungsplanung vor Ort von der Sicherung und Erweiterung eines wohnortnahen, tragfähigen und stabilen Schulangebotes bestimmt sein.

Um dem Interesse und der Bildungsbereitschaft von Eltern und Schüler/innen besser zu genügen ist ein gewisses Umdenken vonnöten: Es müssen alternative Schulmodelle in Betracht gezogen werden, die eine Separierung der Kinder nach der vierten Grundschulklasse im Alter von zehn Jahren vermeiden. Denn dadurch kann das örtliche Schülerpotential viel besser versorgt werden. Dies wird besonders anschaulich in jenen Gemeinden und Gemeindeverbänden, in denen die Schülerzahl weder für eine tragfähige Haupt-Werkrealschule noch für eine ausgebaute Realschule hinreicht. Diese Konstellation ist nicht nur in den kleiner selbständigen Gemeinden anzutreffen, sondern häufig auch in den Vororten größerer Städte mit einer ähnlicher Einwohnerzahl und ähnlichem Schülerpotential.

In all diesen **Gemeinden und Vororten**, und es sind nicht wenige im Land, wäre die Verbundschule (oder Regionalschule) mit ihrem Angebot an hauptschulischen und realschulischen Bildungsgängen und Abschlussmöglichkeiten eine attraktive Alternative. Sie würde zudem die Gemeinde als Schulstandort erheblich aufwerten. Noch öfters wäre die Sekundarschule, in der alle Kinder länger gemeinsam lernen, eine für die Gemeinden bedenkenswerte Alternative, entweder mit einer eigenen Oberstufe oder bis zur 10. Klasse.

Mit dem Eröffnen solcher Alternativen für die Schulentwicklung wird der resignativen Schulstrategie mehr Aufbruchstimmung entgegengesetzt, weil sich dadurch mehr Optionen und Chancen eröffnen, die für die Entwicklung des Landes zum Kinderland unerlässlich sind.

9. Anhang



GEW-Bezirksgeschäftsstellen

GEW Nordwürttemberg

Silcherstr.7
70176 Stuttgart
Telefon (0711) 2 10 30-44
Fax (0711) 2 10 30-75
E-Mail: bezirk.nw@gew-bw.de

GEW Südwürttemberg

Frauenstr. 28
89073 Ulm
Telefon (0731) 9 21 37 23
Fax (0731) 9 21 37 24
E-Mail: bezirk.sw@gew-bw.de

GEW Nordbaden

Ettlinger Str. 3a
76137 Karlsruhe
Telefon (0721) 3 26 25
Fax (0721) 35 93 78
E-Mail: bezirk.nb@gew-bw.de

GEW Südbaden

Wölflinstr. 11
79104 Freiburg
Telefon (0761) 3 34 47
Fax (0761) 2 6154
E-Mail: bezirk.sb@gew-bw.de

GEW Landesverband Baden-Württemberg

GEW Baden-Württemberg

Silcherstr. 7
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 21030 -23
Fax (0711) 21030 -45
E-Mail: info@gew-bw.de

Bitte per Fax an (0711) 2103045 oder GEW-Baden-Württemberg, Silcherstr. 7, 70176 Stuttgart

Mitgliedsantrag Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vorname/Name

Telefon Fax

Beschäftigungsverhältnis

- angestellt
 beamtet
 Honorarkraft
 in Rente
 pensioniert
 Altersübergangsgeld
 arbeitslos
 beurlaubt ohne Bezüge
 teilzeitbeschäftigt mit
 ___ Std./Woche
im Studium
 ABM
 Vorbereitungsdienst/
 Berufspraktikum
befristet bis _____
 Sonstiges _____

Straße/Nr.

E-Mail

Land/PLZ/Ort

Berufsbezeichnung /-ziel beschäftigt seit Fachgruppe

Geburtsdatum/Nationalität

Name/Ort der Bank

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei von bis (Monat/Jahr)

Kontonummer BLZ

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.
Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Entgelt-/Besoldungsgruppe Stufe Bruttoeinkommen Euro monatlich

Ort/Datum

Unterschrift

Betrieb/Dienststelle Träger

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle PLZ/Ort

**Vielen Dank!
Ihre GEW**

**Wer anderen Bildung vermittelt,
kann sich selbst nicht genug weiterbilden:
Die Wissen-Publikationen der GEW**



*GEW-Mitglieder können Publikationen bei den
Bezirksgeschäftsstellen kostenlos bestellen.*

**Nicht-Mitglieder sollten schnellstens GEW-
Mitglied werden: Denn, wer drin ist, ist gut dran!**



Auf vielfachen Wunsch erscheint das GEW-Jahrbuch in zwei Ausgaben: als allgemeine Ausgabe für die allgemein bildenden Schulen (ca. 900 Seiten) und als Ausgabe für Berufliche Schulen (ca. 1 200 Seiten) – also sowohl handlicher als auch übersichtlicher.
www.spv-s.de

■ Weitere Informationen, Downloads und Services finden Sie unter
www.gew-bw.de

■ Jetzt Mitglied werden! Ausführliche Informationen und Mitgliedsanträge:
www.gew-bw.de/service.html